



Jahresbericht 2004

Übersicht

Lebensbedingungen

Arbeitsbedingungen

Arbeitsbeziehungen

Europäische Stelle zur Beobachtung des Wandels

Bereichsübergreifende Themen

Entwicklungsaktivitäten

Information und Kommunikation

Jahrestätigkeitsbericht des Anweisungsbefugten für 2004

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ist eine selbständige Einrichtung der Europäischen Union. Sie wurde geschaffen, um die Formulierung der künftigen Arbeits- und Sozialpolitik zu unterstützen. Weitere Informationen finden Sie auf der Website der Stiftung unter www.eurofound.eu.int.

© Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, 2005

Anträge auf Übersetzungs- und Reproduktionsrechte sind an den Direktor der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Wyattville Road, Loughlinstown, Dublin 18, Irland, zu richten.

Übersicht

Vierjahresprogramm erfolgreich abgeschlossen

2004 war ein Jahr der strategischen Weichenstellungen für die Stiftung

Gegen Ende des aktuellen Vierjahresprogramms 2001-2004 waren erhebliche Anstrengungen erforderlich, um die zahlreichen positiven Maßnahmen, die in diesen vier Jahren in Gang gesetzt wurden, zum Abschluss zu bringen. Ein positives Indiz für die Qualität und Effizienz der Tätigkeiten der Stiftung war die hundertprozentige Auszahlung ihrer Haushaltsmittel im Jahr 2004 und die einwandfreie Bilanz, die ihr vom Europäischen Rechnungshof im Rahmen seiner Besuche während des Jahres bescheinigt wurde. Zugleich mussten intensive Vorbereitungen für das nächste Vierjahresprogramm getroffen werden. Zu Jahresbeginn wurde dem neuen Vierjahresprogramm der letzte Schliff gegeben, und im Juli 2004 wurde das neue Arbeitsprogramm *Europa im Wandel: bessere Arbeit, besseres Leben* vom Verwaltungsrat genehmigt.

Der Prozess der Einbindung der neuen Mitgliedstaaten in die wesentlichen Tätigkeiten der Stiftung wurde während des ganzen Jahres fortgesetzt: im Juli 2004 wohnten die Vertreter der neuen Mitgliedstaaten der Sitzung des Verwaltungsrats erstmals als Vollmitglieder bei. Außerdem wurden die Maßnahmen zur Konsolidierung der in den vergangenen Monaten eingeleiteten Schritte zur Einbeziehung dieser Länder in den Erfassungsbereich der Beobachtungsinstrumente und Forschungsnetze fortgesetzt. In der ersten Jahreshälfte fand in ganz Europa eine Informationskampagne unter dem Motto *Paving the way to enlargement* (Den Weg für die Erweiterung bereiten) statt, in der die Aktivitäten der Stiftung auf dem Gebiet der Erweiterung hervorgehoben wurden. In Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission veröffentlichte die Stiftung auf Basis von Eurobarometer-Daten eine Schriftenreihe, die einen einzigartigen und umfassenden Überblick über die Lebensbedingungen im erweiterten Europa bietet. In verschiedenen Berichten über die Arbeitsbeziehungen wurde auch die Situation in den neuen Mitgliedstaaten in Bezug auf den sozialen Dialog und die Beilegung von Konflikten dargestellt und ein differenziertes Bild vom Lebens- und Arbeitsumfeld in den neuen Mitgliedstaaten im Vorfeld der Erweiterung sowie in der Zeit danach gezeichnet.

Zugleich wurden 2004 die ersten Ergebnisse der 2003 durchgeführten europäischen Erhebung über die Lebensqualität veröffentlicht. Zur Vorbereitung der Kampagne zur Lebensqualität wurde auf die Ergebnisse der gesamteuropäischen Erhebung über die Lebensqualität zurückgegriffen, die von der Stiftung erstmals in 28 Ländern durchgeführt worden war. Der Gesamtbericht *Quality of life in Europe* (Lebensqualität in Europa) wurde als Teil einer Schriftenreihe zur Lebensqualität veröffentlicht, die als Grundlage für die Mitte 2004 angelaufene Roadshow diente. Sechs Länder wurden bereits besucht, und in mehreren Hauptstädten wurden nationale Seminare abgehalten. Die Roadshow verfolgt das Ziel, die gewonnenen Erkenntnisse in allen von der Erhebung erfassten 28 Ländern zu verbreiten. Das Konzept verzeichnet bedeutende Erfolge auf nationaler und europäischer Ebene und soll daher im Jahr 2005 fortgesetzt werden.

Außerdem wurden umfassende Vorbereitungen für das zweite Forum der Stiftung durchgeführt, das im November 2004 in Dublin zum Thema, *Living to Work, Working to Live: Tomorrow's work-life balance in Europe* (Leben um zu arbeiten - arbeiten um zu leben: Ausgewogenheit von Berufs- und Privatleben im Europa der Zukunft) stattfand. Erneut kamen politische Entscheidungsträger und verschiedene andere hochrangige Akteure der Sozialpolitik zusammen, wodurch das Forum seine Rolle als wichtigste Plattform für die Erörterung der dringendsten Themen in der europäischen Sozialpolitik weiter ausbauen konnte. Die Teilnahme mehrerer Minister der irischen Regierung sowie von Premierminister Bertie Ahern unterstrich das konstant hohe Niveau der Zusammenarbeit zwischen der Stiftung und der irischen Regierung, die in den ersten sechs Monaten unter dem irischen EU-Vorsitz weiter ausgebaut wurde.

In diesem Kontext wurden im Jahresverlauf intensive Vorbereitungen für die neue Unternehmenserhebung über Arbeitszeitregelungen und Ausgewogenheit von Berufs- und Privatleben durchgeführt, wobei mit den ersten Ergebnissen für die EU-15 und die neuen Mitgliedstaaten in der zweiten Jahreshälfte 2005 gerechnet wird.

Auf der einwöchigen Ausstellung im Europäischen Parlament wurde die immer wichtiger werdende Rolle des Verbindungsbüros in Brüssel für die Entwicklung und Festigung der Beziehungen zwischen der Stiftung und den Einrichtungen und Organen der EU hervorgehoben. Die Stiftung konzentrierte sich dabei auf viele Schlüsselthemen, die für das Parlament und seine Tagesordnung von besonderem Interesse und Belang sind, und präsentierte eine eigens aufbereitete Auswahl ihrer Forschungsarbeiten und sonstigen Tätigkeiten in den relevanten Bereichen. Die Veranstaltung, die Mittagsseminare, Abendessen und Debatten umfasste, stieß bei den Abgeordneten des Europäischen Parlaments, ihren Mitarbeitern und anderen Akteuren aus dem sozialpolitischen Umfeld auf großes Interesse. Zudem bot die Veranstaltung eine gute Gelegenheit, die Aktivitäten der Stiftung Vladimír Špidla, dem neuen, für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit zuständigen Mitglied der Kommission vorzustellen.

Der Erfolg dieser Veranstaltungen und die zunehmende Profilierung der Stiftung als Hauptquelle für Informationen über Lebens- und Arbeitsbedingungen, Arbeitsbeziehungen und die Bewältigung des Wandels in Europa trugen in nicht unerheblichem Maße dazu bei, dass sich die Zahl der Presseanfragen im Jahresverlauf verdoppelte und die Zahl der Medienberichte über die Stiftung und ihre Aktivitäten sogar verdreifachte.

Auf interner Ebene leitete die Stiftung weitere Schritte zur Erzielung höherer Synergieeffekte ein und unternahm im Jahresverlauf intensive Anstrengungen zur Festlegung einer künftigen Strategie zugunsten einer rationelleren Arbeitsweise. Gegen Jahresende wurden die Vorbereitungen für eine umfassende Ausschreibung unter Einbeziehung aller derzeitigen Netzwerke abgeschlossen, die in der ersten Jahreshälfte 2005 veröffentlicht werden soll.

Außerdem wurden mit der Umsetzung des neuen Programms zur Entwicklung der Humanressourcen innerhalb der Stiftung erste Schritte zur Förderung eines rationelleren Ansatzes bei der Mitarbeiterentwicklung eingeleitet. Das neue Programm basiert auf einem stärker auf Beteiligung und Transparenz ausgerichteten Ansatz für das Leistungsmanagement und bietet eine klare Struktur, in der die geforderten Fähigkeiten und eventuell vorhandenen Kompetenzlücken gezielt ermittelt werden können. Das Programm wird im Jahr 2005 voll einsatzfähig sein.

Lebensbedingungen

Eine Frage der Lebensqualität

Höhepunkte 2004

Im Vorfeld der Erweiterung bildete die Entwicklung eines besseren Verständnisses von der Lebensqualität und den Lebensbedingungen im neuen Europa den Hauptschwerpunkt der Forschung im Bereich Lebensbedingungen. Im März veröffentlichte die Stiftung zusammen mit der Europäischen Kommission einen Bericht, der auf den Ergebnissen der Eurobarometer-Erhebung über die Lebensbedingungen beruhte. Der Bericht *Wahrnehmung der Lebensbedingungen in einem erweiterten Europa* ist Teil einer Veröffentlichungsreihe zum Thema Lebensqualität in Europa. Im Anschluss daran veröffentlichte die Stiftung die Ergebnisse ihrer eigenen ersten gesamteuropäischen Erhebung über die Lebensqualität im Gesamtbericht *Quality of life in Europe* (Lebensqualität in Europa) in Verbindung mit einer achtseitigen Zusammenfassung, die in 22 Sprachen übersetzt wurde. Der Bericht beruht auf einer einzigartigen Erhebung der Stiftung, die erstmals in 28 Ländern durchgeführt wurde, und zeichnet ein umfassendes Bild von den Haushalts- und Familienstrukturen, Wohnverhältnissen, der Gesundheit, Beschäftigung und subjektiven Beurteilung der Lebenssituation.

Die Daten aus den Eurobarometer-Umfragen und Erhebungen über die Lebensqualität wurden unter dem irischen EU-Ratsvorsitz in Konferenzunterlagen präsentiert, in denen es um Familie, Migrationstrends, Gesundheit, Zugang zu Dienstleistungen und ländliche Regionen ging. Die ersten Ergebnisse der Erhebung über die Wohnverhältnisse wurden am 10. Mai auf dem vom European Housing Forum (EHS) veranstalteten Seminar *Collection of data on access to housing from a European Perspective* (Sammlung von Daten über den Zugang zu Wohnraum aus europäischer Perspektive) präsentiert. Zudem wurde im Dezember 2004 im Rahmen einer Konferenz der EU-Familienminister in Berlin ein Positionspapier zu diesem Thema präsentiert. Die Zusammenarbeit mit den Dienststellen der Europäischen Kommission wurde insbesondere auf den Gebieten Sozialanalyse, Behinderungen und Migration verstärkt.

Weiterhin wurde die Stiftung zur Teilnahme an der Konferenz „A social Europe: Let's deliver“ (Ein soziales Europa: Wir halten Wort!) des niederländischen Vorsitzes eingeladen, auf der die notwendigen Maßnahmen zur Verwirklichung der Lissabonner Ziele erörtert und die Schlüsselthemen für die sozialpolitische Agenda für den Zeitraum 2006-2010 ermittelt wurden.

Beobachtungsaktivitäten

Nach der Veröffentlichung ihres Berichts *Quality of life in Europe* (Lebensqualität in Europa) konzentrierte sich die Arbeit der Stiftung auf die Analyse der Daten aus der Erhebung, die 2003 in allen 25 Ländern der Europäischen Union sowie in Bulgarien, Rumänien und der Türkei durchgeführt worden war. Im April und November fanden Sitzungen mit einem Netz von Sachverständigen für Lebensqualität aus den neuen Mitgliedstaaten und drei Kandidatenländern statt, das zur Unterstützung der Analyse und Interpretation der Erhebungsergebnisse gebildet worden war. Derzeit werden Analyseberichte zu folgenden Themen erstellt:

- Beschäftigung und Lebensstandard,
- Haushalt und Familie,
- Wohnen und lokales Umfeld,
- subjektive Beurteilung der Lebensqualität.

Roadshow

Die Ergebnisse der europäischen Erhebung über die Lebensqualität wurden auf vier internationalen Seminaren zum Thema Lebensqualität präsentiert, die in der zweiten Jahreshälfte in Tallinn, Larnaca, Bratislava und Paris veranstaltet wurden. Auf den Seminaren wurden die Erhebungsergebnisse und die Implikationen der ersten Erkenntnisse aus den detaillierten thematischen Berichten erörtert. Die auf regionaler Ebene organisierten Seminare wurden von Teilnehmern aus den neuen Mitgliedstaaten sowie aus der EU-15 besucht. Auf jedem Seminar kamen Vertreter der Sozialpartner, Regierungen, Nichtregierungsorganisationen (NRO) sowie Sachverständige aus bis zu acht teilnehmenden Ländern zusammen. Diese Seminare sollen im Jahr 2005 fortgesetzt werden.

Datenbank zur Lebensqualität

Eine elektronische Datenbank mit statistischen Indikatoren zur Lebensqualität wird derzeit umgewandelt und als online verfügbarer Datenbestand auf der Website der Stiftung bereitgestellt. Die Datenbank enthält vergleichende Informationsquellen sowie Daten aus der europäischen Erhebung über die Lebensqualität. In der Datenbank sind Daten aus allen 25 Mitgliedstaaten sowie aus den drei Kandidatenländern erfasst. Sie bietet die Möglichkeit, Tabellen zu Sozialindikatoren für Alter, Geschlecht und Land zu erstellen und soll in der ersten Jahreshälfte 2005 online verfügbar sein.

Zusammenfassung der Forschungsergebnisse

Arbeitskräfteangebot in Pflegediensten

Diese Forschungsarbeit konzentriert sich auf die alternde Gesellschaft, die Bereitstellung formaler Pflegedienste sowie Initiativen und politische Maßnahmen zur Erhöhung des Arbeitskräfteangebots in sechs EU-Mitgliedstaaten. Es wurde ein Rahmen für bewährte Verfahren angewandt, bei dem die Kernfragen Mobilität, Ausbildung und Beschäftigung im Vordergrund standen.

Die wichtigsten Ergebnisse:

- Der Pflegesektor besitzt eine große wirtschaftliche Bedeutung.
- Die Politik muss der Tatsache Rechnung tragen, dass Pflegeleistungen sowohl auf formaler als auch auf informaler Ebene erbracht werden.
- Die Arbeitskräfte im Pflegesektor werden älter, wodurch eine besondere Notwendigkeit zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen besteht.
- Im Pflegesektor sind überwiegend Frauen beschäftigt, die häufig schlecht bezahlt werden und kaum berufliche Aufstiegsmöglichkeiten haben.
- Im öffentlichen, privaten und gemeinnützigen Sektor wurden zahlreiche Initiativen ins Leben gerufen, um das Arbeitskräfteangebot im Pflegesektor zu erhöhen.
- In allen Ländern ist die Nachfrage nach sozialen Pflegeleistungen höher als das verfügbare Angebot an Ressourcen, dies gilt insbesondere für das Arbeitskräfteangebot.

Diese Studie wird auf fünf neue Mitgliedstaaten sowie auf Bulgarien und Rumänien ausgeweitet; im Jahr 2005 soll ein konsolidierter Bericht veröffentlicht werden, der beide Phasen abdeckt.

Rolle des regionalen Sozialkapitals

Diese Studie versucht, das Konzept des „regionalen Sozialkapitals“ und dessen Rolle bei der Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit in benachteiligten Regionen zu definieren. Sie bestätigt die

kulturelle Dimension sowie die Erkenntnis, dass Werte, Einstellungen und Normen in der Gesellschaft eine wichtige Rolle spielen und dem Netzwerkkonzept eine zentrale Bedeutung zukommt. Vertrauen ist ebenfalls ein Wert, der von diesen Netzwerken geschaffen wird. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass dem Konzept des „Sozialkapitals“ auf regionaler und lokaler Ebene ein erhebliches Entwicklungspotenzial zukommt.

Zeiteinteilung im Laufe des Lebens

Die zweite Phase dieses Projekts liefert Beiträge zur aufkommenden Debatte über Beschäftigung, Sozialversicherung und Pflege im Lebensverlauf. Die Arbeit konzentrierte sich auf die Bereitstellung neuer empirischer Daten über sich ändernde Arbeitsbiografien, Rechtsvorschriften im Lebensverlauf, einschlägige Arbeitszeitoptionen und deren Verbreitung, Praxis und Akzeptanz. Darüber hinaus wurden diese Arbeitszeitregelungen bezogen auf die Interessen, Vorlieben und Erfordernisse von Mitarbeitern, Unternehmen und nationalen Regierungen sowohl in bestimmten Lebensphasen als auch über das gesamte Arbeitsleben hinweg untersucht. Außerdem wurden konventionelle und neue Zeiteinteilungen sowie damit im Zusammenhang stehende Einkommensregelungen, insbesondere Sozialschutzmaßnahmen, analysiert.

Krankheit, Behinderung und soziale Eingliederung

Mit der Veröffentlichung *Employment and Disability: Back to work strategies* (Beschäftigung und Behinderung: Strategien zur Wiedereingliederung in die Arbeitswelt) verfolgte die Stiftung das Ziel, die bestehende Wissenslücke zu schließen und der Debatte über Maßnahmen zur Weiterbeschäftigung von Menschen mit chronischen Krankheiten und Behinderungen neue Impulse zu geben.

Beschäftigungsinitiativen für die alternde Erwerbsbevölkerung

Es wurden erste Vorbereitungen für dieses Projekt durchgeführt, das gute praktische Lösungen aus den letzten zehn Jahren erneut aufgreift, die sich als wichtige Einflussfaktoren für die Bewältigung der Altersproblematik erwiesen haben. Das Projekt erstreckt sich sowohl auf den öffentlichen als auch auf den privaten Sektor der 25 EU-Mitgliedstaaten und der Kandidatenländer; eine Datenbank mit guten praktischen Lösungen kann auf der Website der Stiftung eingesehen werden.

Im Brennpunkt

Europäische Erhebung über die Lebensqualität

Die Ergebnisse dieser ersten, in 28 Ländern durchgeführten Erhebung bestätigen im Wesentlichen die weit verbreitete Auffassung über das erhebliche wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen EU-15, den neuen Mitgliedstaaten und den drei Kandidatenländern. In der Erhebung werden auch die Unterschiede zwischen den neuen Mitgliedstaaten und den drei Kandidatenländern in den Bereichen Wohnen und Bildung hervorgehoben.

Die wichtigsten Ergebnisse

- Der Lebensstandard ist in den neuen Mitgliedstaaten deutlich niedriger als in EU-15.
- Allgemein sind die Bürger der neuen Mitgliedstaaten und der drei Kandidatenländer mit ihrer Lebensqualität weniger zufrieden als die Bürger in EU-15.
- In den neuen Mitgliedstaaten und den drei Kandidatenländern sind die Wohnverhältnisse schlechter als in EU-15.

- Die Arbeitnehmer in den neuen Mitgliedstaaten und drei Kandidatenländern halten ihre Arbeitsbedingungen für schlechter.
- Die Bürger dieser Länder halten ihren Gesundheitszustand für schlechter und sind weniger zufrieden mit ihren Gesundheitsdiensten.

Die Ergebnisse vermitteln auch einen Einblick in Bereiche, in denen die neuen Mitgliedstaaten eventuell einen Vorteil haben oder in denen es Übereinstimmungen im erweiterten Europa gibt:

- Zwei Drittel der Bürger in allen 28 Ländern sehen die Zukunft optimistisch.
- Familie und Freunde sind für die meisten Bürger in allen Ländern der wichtigste soziale Halt.
- Wohneigentum ist in den neuen Mitgliedstaaten (71 %) und den drei Kandidatenländern (67 %) stärker verbreitet als in EU-15 (60 %).
- Die 25 EU-Mitgliedstaaten weisen eine vergleichbar hohe Zahl von Hochschulabsolventen auf.
- Die Quote für die Teilnahme an beruflichen Weiterbildungskursen ist in EU-15 und den neuen Mitgliedstaaten ähnlich.

In allen 28 Ländern steht die Familie an erster Stelle

Familie und Haushalt sind für alle Bürger in Europa die wichtigste Quelle für Unterstützung und Hilfe. 42 % aller Europäer sind mit ihrem Familienleben sehr zufrieden. Frauen sind jedoch weniger zufrieden als Männer, und die Bürger aus den drei Kandidatenländern sind am unzufriedensten. Einpersonenhaushalte sind in EU-15 stärker verbreitet.

Hohes Bildungsniveau in den neuen Mitgliedstaaten

Der Anteil der Bürger mit einem höheren Bildungsabschluss ist in den neuen Mitgliedstaaten höher (78 %) als in EU 15 (64 %). In den meisten neuen Mitgliedstaaten ist der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter mit einem Hochschulabschluss höher als in vielen ärmeren Regionen im Süden von EU-15. Wie gut dieser Bildungsabschluss die Bürger für die globalen Märkte gerüstet hat, wird sich jedoch erst in Zukunft zeigen: Zwei Indikatoren, die Aufschluss darüber geben, sind die Beherrschung der englischen Sprache (mit Ausnahme von Irland, Malta und des Vereinigten Königreichs) und die Nutzung des Internet. In diesem Punkt ist das Können in den neuen Mitgliedstaaten weniger evident als in EU-15, das Gefälle zwischen ländlichen und städtischen Gebieten ist sehr groß.

Unterschiede bei der Lebenszufriedenheit, Zukunftssicht jedoch im Wesentlichen optimistisch

Die Bürger in EU-15 sind mit ihrem Leben zufriedener als die Bürger der neuen Mitgliedstaaten und der drei Kandidatenländer - Ausnahmen bilden lediglich Portugal in EU 15 sowie Zypern und Malta bei den neuen Mitgliedstaaten. In allen 25 EU-Staaten wird die Lebenszufriedenheit durch Arbeitslosigkeit erheblich beeinträchtigt. Ebenso sind Bürger in der untersten Einkommensgruppe wesentlich unzufriedener mit ihrem Leben, während die Zufriedenheit von Bürgern in der höchsten Einkommensgruppe am größten ist. Zudem wirken sich Bildung und Gesundheit erheblich auf den Zufriedenheitsgrad aus.

Schlüsselveranstaltungen

22./23. September

Social integration and subjective wellbeing (Soziale Integration und subjektives Wohlbefinden), Tallinn, Estland

Internationales Seminar zur Lebensqualität

25./26. Oktober

Living standards, income and deprivation (Lebensstandard, Einkommen und Benachteiligung), Larnaca, Zypern

Internationales Seminar zur Lebensqualität

9./10. November

Quality of housing (Qualität des Wohnens), Bratislava, Slowakei

Internationales Seminar zur Lebensqualität

23. November

Family solidarity, social inclusion and care (Solidarität der Familie, soziale Eingliederung und Pflege), Paris, Frankreich

Internationales Seminar zur Lebensqualität

1./2. April

Reconciling mobility and social inclusion - Role of employment and social policy (Vereinbarkeit von Mobilität und sozialer Eingliederung - die Rolle von Beschäftigung und Sozialpolitik), Bundoran, Irland

Vom irischen EU-Ratsvorsitz veranstaltete Konferenz. Hubert Krieger war Berichterstatter für einen Workshop zum Thema „Information and support for migrant workers“ (Informationen und Unterstützung für Wanderarbeitnehmer).

13./14. Mai

Families, change and social policy in Europe (Familien, Wandel und Sozialpolitik in Europa), Dublin, Irland

Vom irischen EU-Ratsvorsitz veranstaltete Konferenz. Hubert Krieger stellte ein Positionspapier vor, das auf den Ergebnissen der europäischen Erhebung über die Lebensqualität mit Fragen zur Familie basierte. Robert Anderson moderierte einen Workshop zum Thema „The family as carer for the young and elderly“ (Die Familie als Ort der Betreuung für Kinder und ältere Menschen).

31. Mai/1. Juni

Improving living conditions and quality of life in rural Europe (Verbesserung der Lebensbedingungen und Lebensqualität im ländlichen Europa), Westport, Irland

Robert Anderson hielt den Einführungsvortrag zu den Ergebnissen der europäischen Erhebung über die Lebensqualität.

8./9. November

A social Europe: Let's deliver (Ein soziales Europa: Wir halten Wort!), Rotterdam, Den Haag, Niederlande

Vom niederländischen EU-Ratsvorsitz veranstaltete Konferenz zur Vorbereitung der neuen sozialpolitischen Agenda 2006-2010

Hubert Krieger (Moderator) und Robert Anderson (EU-Sachverständiger) nahmen an einem Workshop zur sozialen Eingliederung teil.

Arbeitsbedingungen

Auf dem Weg zur vierten europäischen Erhebung

Höhepunkte 2004

Im Einklang mit der auf dem Gipfel von Lissabon formulierten EU-Strategie bildeten die Qualität der Arbeit und Beschäftigung auch im Jahr 2004 die konzeptionelle Grundlage für Tätigkeiten auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen und das Fundament für die strategischen Forschungsinitiativen und Beobachtungstätigkeiten der Stiftung.

Im Jahr 2004 wurden die Europäische Beobachtungsstelle für die Entwicklung der Arbeitsbedingungen (EWCO) weiter ausgebaut und Vorbereitungen für die vierte europäische Erhebung über Arbeitsbedingungen getroffen, die im Jahr 2005 durchgeführt werden soll. In der Erhebung werden über 30 000 Erwerbstätige zu ihrem Arbeitsleben befragt; sie wird die einzige harmonisierte EU-Datenquelle zu verschiedenen Aspekten des Arbeitsumfelds darstellen. Dank des wachsenden Netzes von EWCO-Korrespondenten wird es künftig mehr Berichte über Entwicklungen im Arbeitsleben auf nationaler und europäischer Ebene geben. Dank dieser beiden Beobachtungsinstrumente ist die Stiftung zu einer zuverlässigen Quelle maßgeblicher Informationen über den Wandel in der Arbeitswelt der EU geworden.

Zu den Veröffentlichungen der Stiftung zählen unter anderem auf strategischer Forschung basierende Berichte über erwerbstätige Arme in der Europäischen Union, über die Arbeitsbedingungen im Hotel- und Gastronomiegewerbe sowie im Straßengüterverkehr.

Auch im Jahr 2004 konzentrierte sich die Stiftung auf die Arbeitsbedingungen im erweiterten Europa und veröffentlichte einen Bericht zur Geschlechterperspektive und zu den Arbeitsbedingungen in den neuen Mitgliedstaaten.

Beobachtungsaktivitäten

Die Stiftung beobachtet die Arbeitsbedingungen in ganz Europa anhand regelmäßiger Erhebungen sowie über ihre Europäische Beobachtungsstelle für die Entwicklung der Arbeitsbedingungen (EWCO). Hierbei handelt es sich um eine webbasierte Quelle von Informationen, die aus den eigenen strategischen Forschungsprojekten der Stiftung sowie von einem Netz nationaler Korrespondenten und einem Korrespondenten auf EU-Ebene stammen.

Europäische Beobachtungsstelle für die Entwicklung der Arbeitsbedingungen (EWCO)

Im zweiten Jahr nach Gründung der EWCO legte das Netz von EWCO-Korrespondenten regelmäßig aktuelle Meldungen und Erhebungsdaten vor und ergänzte die Daten der Stiftung auf diese Weise durch relevante Informationen auf nationaler Ebene. Außerdem wurden Themenberichte auf Basis der Zusammenarbeit zwischen den Korrespondenten veröffentlicht, in denen unter anderem Themen wie das Älterwerden und Arbeiten in Europa (*Ageing and work in Europe*) sowie Teilzeitarbeit in Europa (*Part-time work in Europe*) behandelt wurden. Das Korrespondentennetz wurde im September 2004 erweitert und umfasst jetzt weitere Korrespondenten in den folgenden Ländern: Estland, Italien, Österreich, Portugal und Tschechische Republik.

Europäische Erhebung über die Arbeitsbedingungen

Im Jahr 2005 wird die vierte europäische Erhebung über die Arbeitsbedingungen durchgeführt, in deren Rahmen ausführliche Gespräche mit über 30 000 Arbeitnehmern geplant sind. Eine Gruppe nationaler Sachverständiger für Erhebungen über die Arbeitsbedingungen traf sich in den Sommermonaten zu mehreren Vorbereitungstreffen, um die Stiftung bei der Ausarbeitung des Fragebogens für die Erhebung zu unterstützen. Die Gruppe umfasste Vertreter aus allen 25 Mitgliedstaaten sowie von Einrichtungen und Organen der EU und

anderen internationalen Organisationen wie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die bereits die Daten aus früheren Erhebungen der Stiftung intensiv genutzt haben. Nach den Beratungen der Gruppe wurde der Umfang des Fragebogens für die Erhebung erweitert und umfasst jetzt auch Fragen zur E-Mail- und Internet-Nutzung bei der Arbeit, Erreichbarkeit außerhalb der Arbeit, Arbeitszufriedenheit und mehr Fragen zur beruflichen Fortbildung. Dank dieser neuen Elemente kann die Erhebung den Änderungen in der Arbeitsweise Rechnung tragen, während die Fragen im Hauptteil im Wesentlichen unverändert geblieben sind. Die Erhebung wird wertvolle Informationen zu den neuesten Trends am Arbeitsplatz in der gesamten Union liefern, sobald die entsprechenden Daten in der zweiten Jahreshälfte 2005 verfügbar sind.

Die letzte Gruppe von Berichten, die auf einer Sekundäranalyse der dritten Erhebung über Arbeitsbedingungen beruhen, wurde im Februar 2004 veröffentlicht. *EU road freight transport sector: Work and employment conditions* (Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen im Straßengütertransport der EU) und *EU hotel and restaurant sector: Work and employment conditions* (Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen im Hotel- und Gastronomiesektor der EU) bieten eine Momentaufnahme der sektorbezogenen Belange auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen. Die Berichte bewerten die Auswirkungen von Trends, wie beispielsweise Globalisierung, zunehmender Wettbewerb und technologische Entwicklungen, und untersuchen die Rolle des sozialen Dialogs in den Sektoren. Sie nennen auch verschiedene Beispiele für interessante und innovative Praktiken auf lokaler und nationaler Ebene, die auf die Verbesserung der Qualität der Arbeit für Arbeitnehmer in den Sektoren ausgerichtet sind.

Zusammenfassung der Forschungsergebnisse

Teilzeitarbeit in Europa

Teilzeitarbeit ist in der Europäischen Union immer häufiger anzutreffen. Allerdings ist Teilzeitarbeit nicht gleichmäßig auf Geschlechter und Altersgruppen, Länder, Wirtschaftszweige oder Berufe verteilt. Aus Sicht der Arbeitsbedingungen ist empirisch belegt, dass Teilzeitarbeit mit ungünstigeren Arbeitsbedingungen verbunden ist, wie beispielsweise weniger Fortbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, schlechteren Anstellungsbedingungen, niedrigeren Lohn- und Gehaltsstufen und schlechteren Zugangsmöglichkeiten zu Zusatzleistungen und Leistungen, die dem sozialen Schutz dienen. Andererseits klagen Teilzeitbeschäftigte seltener über berufsbedingte Gesundheitsprobleme und sind eher in der Lage, ein positives Verhältnis zwischen Arbeits- und Privatleben zu verwirklichen.

Die wichtigsten Ergebnisse

- In den vergangenen zehn Jahren ist der Anteil der Teilzeitarbeit in Europa kontinuierlich gestiegen.
- Der wichtigste Faktor für die gestiegene Teilzeitquote ist die zunehmende Teilzeitbeschäftigung von Frauen.
- Die Niederlande sind weiterhin das Land mit dem höchsten Frauenanteil (72,8 %) und Anteil der gesamten Erwerbsbevölkerung (43,8 %) in Teilzeitbeschäftigung.
- Gründe für Teilzeitarbeit: 31,5 % der Arbeitnehmerinnen arbeiten in Teilzeit, weil sie Kinder betreuen oder ältere Menschen pflegen müssen; bei Männern liegt dieser Anteil nur bei 4,2 %. 19 % der Männer begründen ihre Teilzeitbeschäftigung hauptsächlich damit, dass sie keine Vollzeitstelle finden; bei Frauen beträgt dieser Anteil nur 12,8 %.
- Weibliche Teilzeitbeschäftigte sind mit ihren Arbeitsbedingungen zufriedener als ihre in Vollzeit beschäftigten Kollegen.

Prävention von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz

Nach Abschluss des Stiftungsprojekts und Veröffentlichung des Berichts *Preventing violence and harassment in the workplace* (Prävention von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz) im Jahr 2003 setzte die EWCO ihre Aktivitäten auf diesem Gebiet im Jahr 2004 fort. Das erste EWCO-Seminar befasste sich mit Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz aus fachbezogener Sicht (Arbeitspsychologen, Berater, Personalreferenten), im Mai 2004 wurde der Seminarbericht veröffentlicht. Die finnischen Korrespondenten der EWCO koordinierten einen Themenbericht zu dieser Problematik, der sich auf Informationen des Netzes von EWCO-Korrespondenten stützte und ebenfalls Anfang 2004 veröffentlicht wurde.

Indikatoren für die Qualität des Arbeitslebens: Löhne und Arbeitsbedingungen

Das Hauptziel dieses Projekts bestand darin, die Beziehung zwischen Löhnen und Arbeitsbedingungen als Komponente der organisatorischen Leistung zu analysieren und daraus entsprechende Indikatoren abzuleiten. Die im Jahr 2004 abgeschlossene Forschungsarbeit basierte auf einer Untersuchung verschiedener Informationsquellen: Analyse der Datenquellen der Stiftung, der Europäischen Betriebsräte (EBR), des Ausschusses für Umweltpolitik (Environmental Policy Committee, EPOC) und des Europäischen Observatoriums für die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen (EIRO) sowie Literaturrecherchen und Forschungsarbeiten auf nationaler und internationaler Ebene. Diese Arbeiten trugen dazu bei, die Beziehungen zwischen Lohnsystemen, Arbeitsorganisation, organisatorische Strategie und Wirksamkeit näher zu beleuchten.

Im Brennpunkt

Erwerbstätige Arme in der Europäischen Union

Vor dem Hintergrund der Lissabonner Ziele sieht die strategische Vision der EU vor, mehr Wohlstand und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, aber auch einen stärkeren sozialen Zusammenhalt im europäischen Wirtschaftsraum herbeizuführen. Im Mittelpunkt des Stiftungsprojekts zu erwerbstätigen Armen in der Europäischen Union stand ein Thema, das beide Bekenntnisse berührt.

Definition: *Erwerbstätige Arme sind Arbeitnehmer, die in einem Haushalt leben, in dem mindestens ein Haushaltsmitglied erwerbstätig ist und in dem das Gesamteinkommen des Haushalts (einschließlich Transferzahlungen staatlicher Stellen und nach Besteuerung) trotz Erwerbstätigkeit unter der Armutgrenze liegt (60 % des mittleren Äquivalenzeinkommens).*

Armut ist ein Phänomen, das häufiger in Verbindung mit traditionell ausgegrenzten Gruppen wie Obdachlosen und Arbeitslosen auftritt. Allgemein herrscht die Auffassung, dass Erwerbsarbeit ein wirksames Mittel gegen Armut ist. Dies ist jedoch in zunehmendem Maße nicht der Fall. Durch die Zunahme atypischer und unsicherer Beschäftigungsverhältnisse und die zunehmende Polarisierung am Arbeitsmarkt zwischen gering qualifizierter oder ungelernter Arbeit einerseits und hoch qualifizierter Arbeit andererseits sind neue Armutsrisiken in der Erwerbsbevölkerung entstanden. Die Daten auf EU-Ebene deuten darauf hin, dass 17 % aller Selbstständigen und 6 % aller Arbeitnehmer als arm einzustufen sind. Für eine recht große Minderheit der europäischen Arbeitnehmer, einschließlich Vollzeitbeschäftigter, führen die Früchte ihrer Erwerbstätigkeit zu Armut.

Eine der Folgen dieser Entwicklung ist, dass das in den 70er und 80er Jahren in den Vereinigten Staaten entstandene Konzept der erwerbstätigen Armen („Working Poor“) zunehmend auch im Sozialgefüge und auf den Arbeitsmärkten der EU zur Realität geworden ist.

Armut trotz Erwerbstätigkeit wurde von politischen Entscheidungsträgern der EU als eine der Herausforderungen ermittelt, mit denen die EU in den Politikbereichen Beschäftigung und soziale Eingliederung konfrontiert ist. Armut trotz Erwerbstätigkeit in Europa untergräbt das Bekenntnis zur „Qualität der Arbeit“ in der Europäischen Beschäftigungsstrategie. Zudem konterkariert es das Bekenntnis zur Beseitigung von Armut, das eine der Hauptsäulen der EU-Politik zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung darstellt.

Das Ziel des Projekts bestand darin, die verfügbare Forschungsliteratur zu erwerbstätigen Armen auszuwerten, die Dimension des Problems auf europäischer und einzelstaatlicher Ebene zu bewerten, die besonders gefährdeten Gruppen zu ermitteln und herauszufinden, welche Maßnahmen (z. B. steuerlicher Art, Sozialfürsorge usw.) getroffen wurden, um dieses aufkommende Problem zu bekämpfen. Im Rahmen des Projekts wurden auch die europäischen Erfahrungen mit diesem Problem mit den Erfahrungen anderer Industrienationen wie beispielsweise Kanada und USA verglichen.

Der Bericht *Working poor in the European Union* (Erwerbstätige Arme in der Europäischen Union) enthält eine umfassende und zeitnahe Darstellung dieses vielschichtigen Themas und analysiert verschiedene politische Maßnahmen, die auf nationaler Ebene eingeleitet wurden. Im Anschluss an die Veröffentlichung des Berichts organisierte die Stiftung im Juli 2004 ein größeres Seminar zu diesem Thema in Brüssel. An diesem Seminar nahmen verschiedene Wissenschaftler teil, deren Aufgabe es ist, die Problematik auf europäischer Ebene - insbesondere im Beschäftigungsausschuss (EMCO) und im Sozialschutzausschuss (SPC) - stärker ins Bewusstsein zu rücken, damit diese die relevanten Indikatoren entwickeln.

Die wichtigsten Ergebnisse

- Die Hauptursache für Armut trotz Erwerbstätigkeit ist die Haushaltsstruktur (Kinderzahl, Zahl der erwerbstätigen Erwachsenen usw.) und nicht Niedriglöhne, die nur in 20 % aller Fälle der wichtigste Bestimmungsfaktor sind. Bei Geringverdienern ist das Risiko, trotz Erwerbstätigkeit arm zu sein, jedoch höher.
- Selbstständige sind einem besonderen Risiko ausgesetzt, trotz Erwerbstätigkeit arm zu sein: Bei 14 % aller Selbstständigen, d. h. über drei Millionen Menschen in der EU, lag das Einkommen im Jahr 1999 unter der Armutsgrenze.
- Das gesamte Steueraufkommen von Geringverdienern als Prozentsatz des Bruttolohns ist in allen 15 EU-Mitgliedstaaten im Zeitraum 1996-2002 zurückgegangen bzw. in folgenden Ländern um mehr als 5 % gesunken: Irland (-9,9 %, Frankreich -6,5 %, Italien -5,6 %).
- Die Korrelation zwischen Steuersätzen für Geringverdiener und Armut trotz Erwerbstätigkeit ist nicht klar. Allgemein sind jedoch in Ländern, in denen Armut trotz Erwerbstätigkeit am seltensten vorkommt (Dänemark, Schweden, Finnland), die persönlichen Steuersätze am höchsten.

Schlüsselerveranstaltungen

30./31. Januar

Konferenz des Europäischen Gewerkschaftsbunds, Brüssel, Belgien

Agnès Parent-Thirion stellte die jüngsten Arbeiten der Stiftung auf einer vom Europäischen Gewerkschaftsbund organisierten Konferenz zum Thema Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit vor.

12./13. Mai

Seminar on quality of work in the hotel and restaurants and road transport sector (Seminar zur Qualität der Arbeit im Hotel- und Gastronomiesektor und im Straßenverkehrswesen), Brüssel, Belgien

60 Sachverständige nahmen an diesem von der Stiftung organisierten Seminar teil, auf dem die Umsetzung der Lissabonner Strategie auf Sektorebene am Beispiel von zwei Sektoren untersucht wurde.

21./22. Mai

Conference on reforming social protection systems in Europe (Konferenz zur Reform der Sozialschutzsysteme in Europa)

Greet Vermeulen präsentierte einschlägige Arbeiten der Stiftung.

1./2. Juli

Seminar on the working poor in the European Union (Seminar zu erwerbstätigen Armen in der EU), Brüssel, Belgien

Zeitgleich mit der Veröffentlichung des Stiftungsberichts Working poor in the European Union (Erwerbstätige arme in der Europäischen Union) nahmen 60 Sachverständige an einer zweitägigen Sitzung zur Erörterung der Schlussfolgerungen des Berichts teil.

6. Oktober

Conference on pay equality (Konferenz zur Lohngleichstellung), Genf, Schweiz

Sabrina Tesoka präsentierte die Arbeit der Stiftung auf der ILO-Konferenz „Equal pay works!: Achieving pay equity for women in Europe’s public services“ (Lohngleichstellung funktioniert!: Verwirklichung der Lohngleichstellung für Frauen im öffentlichen Dienst in Europa).

15./16. November

Monitoring working conditions in an enlarged Europe (Beobachtung der Arbeitsbedingungen im erweiterten Europa), Vertretung der Europäischen Kommission, Budapest, Ungarn

Im Mittelpunkt des zweiten, von der Europäischen Beobachtungsstelle für die Entwicklung der Arbeitsbedingungen organisierten Seminars standen Erhebungen über die Arbeitsbedingungen im erweiterten Europa.

19. November

Seminar on wages and management policies (Seminar zur Lohn- und Managementpolitik), Brüssel, Belgien

Dieses Seminar ging der Frage nach, wie Lohnsysteme zur Unterstützung der Managementpolitik und Geschäftsstrategie beitragen können.

Arbeitsbeziehungen

Beteiligung in der Praxis

Höhepunkte 2004

Im Jahr 2004 wurden die Arbeitsbeziehungen bezogen auf Beteiligung in der einen oder anderen Form in den Mittelpunkt gerückt. Die im Rahmen des Vierjahresprogramms 2001-2004 durchgeführten Forschungsarbeiten zur Funktionsweise der Europäischen Betriebsräte und zur finanziellen Beteiligung konnten im Laufe des Jahres erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die Arbeitsbeziehungen kamen auch bei den Arbeiten auf diesem Gebiet zum Tragen. Das EIRO-Netz wurde 2004 erweitert und umfasst jetzt auch nationale Zentren in der Tschechischen Republik und in Litauen. Alle Mitgliedstaaten sind nunmehr in die laufende Beobachtung der Arbeitsbeziehungen durch die Stiftung einbezogen.

Zudem wurde bei den Arbeiten zur Entwicklung der Indikatoren für die Arbeitsbeziehungen erstmals das erweiterte Europa berücksichtigt. Nach der Veröffentlichung des Berichts *Quality in industrial relations: Comparative indicators* (Qualität der Arbeitsbeziehungen: vergleichende Indikatoren), der sich auf die bisherigen 15 EU-Mitgliedstaaten bezog, wurde mit einem neuen Projekt zur Erfassung entsprechender Daten für die neuen Mitgliedstaaten begonnen.

Schließlich wurde das 2003 begonnene Projekt über den Sozialdialog und die Mechanismen zur Beilegung von Konflikten in den beitretenden Ländern (*Social dialogue and conflict resolution mechanisms in acceding countries*) abgeschlossen. Dieses Projekt war als Forschungs- und Entwicklungsprojekt angelegt und nutzte die Vorhersagenmethodik zur Analyse des sozialen Dialogprozesses und der Dreier-Konzertierung. Das Gesamtziel der Forschung bestand darin, Arbeitgeber, Gewerkschaften, nationale Regierungen und Wissenschaftler aus den beitretenden Ländern zusammenzubringen, damit sie bewerten können, wie sich Mechanismen zur Beilegung von Konflikten in diesen Ländern durch den Sozialdialog anpassen und ggf. reformieren lassen, um Arbeitsstreitigkeiten in diesen Ländern außergerichtlich beilegen zu können. Beteiligung war der Schlüsselaspekt der Forschung zum Sozialdialog in den Kandidatenländern (*Social dialogue in the candidate countries*) zu denen auch dieses Projekt gehörte.

Beobachtungsaktivitäten

EIRO

Auch im Jahr 2004 diente die EIRO-Datenbank mit ihren aktuellen Informationen und Analysen als Hauptinformationsquelle für die Sozialpartner und Regierungen, die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und weitere Organe und Einrichtungen der EU. Wie bereits in den vergangenen Jahren, wurde eine hohe Zahl von Nutzerzugriffen auf die EIRO-Datenbank verzeichnet. Die durchschnittliche Anzahl von Nutzerzugriffen pro Monat lag im Jahr 2004 bei 176 088 (insgesamt 2 113 067). Im Zuge der laufenden Anstrengungen zur Verbesserung der Website und Dienste wurden entsprechende Vorbereitungen zur Durchführung einer EIRO-Nutzerumfrage Anfang 2005 getroffen.

2004 wurde mit der Europäischen Kommission ein gemeinsamer Bericht mit dem Titel *Industrial relations developments in 2003* (Entwicklungen der Arbeitsbeziehungen im Jahr 2003) veröffentlicht. Vor dem Hintergrund der Vorbereitungen zur Erweiterung der Europäischen Union bietet der Bericht eine vergleichende Übersicht über die wichtigsten Entwicklungen der Arbeitsbeziehungen im Jahr 2003 auf nationaler sowie europäischer Ebene. Er erläutert die Hauptaktivitäten des Jahres 2003 zur Förderung des

sozialen Dialogs sowie der Arbeitsgesetzgebung und Beschäftigungspolitik in Europa. Außerdem befasst er sich mit Schlüsselthemen, die Gegenstand von Tarifverhandlungen sind: Bezahlung, Arbeitszeit, Arbeitsplatzsicherheit, Chancengleichheit und kulturelle Vielfalt sowie Fortbildung und Kompetenzentwicklung. Ein themenspezifisches Kapitel befasst sich mit Arbeitszeitregelungen.

Im Jahr 2004 veröffentlichte EIRO online 823 Artikel über die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in den Ländern des EIRO-Netztes sowie Studien und Beiträge zu folgenden Themen:

Vergleichende Übersichten

- Pläne zur Geschlechtergleichstellung am Arbeitsplatz
- Übersicht über die Umsetzung der Rahmenrichtlinie zur Gleichbehandlung
- Arbeitgeberorganisationen in Europa
- Dreigliedrige Strukturen („Tripartismus“) auf nationaler Ebene und die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) in den neuen Mitgliedstaaten und Kandidatenländern
- Betriebsrenten und Arbeitsbeziehungen
- Familienurlaub und Arbeitsbeziehungen
- Arbeitsbeziehungen im Einzelhandelssektor
- Entwicklungen in den Europäischen Betriebsräten (EBR)

Jährliche Aktualisierungen

- Entwicklung der Arbeitszeit
- Entwicklung der Löhne und Gehälter
- Gewerkschaftsmitgliedschaft im Zeitraum 1993-2003

Thematische Beiträge

- Arbeitsbeziehungen und nicht angemeldete Arbeit
- Individuelle Arbeits-/Beschäftigungskonflikte und das Gericht.

Arbeitsbeziehungen in der EU, Japan und den USA

EIRO ergänzte die von der Beobachtungsstelle gesammelten vergleichenden Informationen durch die Zusammenarbeit mit der amerikanischen Cornell-Universität und dem Japan Institute of Labour. Dieser Bericht konzentriert sich auf Organisationen der Sozialpartner, Tarifverhandlungen, Unternehmensumstrukturierung und neue Arbeitsformen.

Glossare zu den Arbeitsbeziehungen

Das finnische Glossar wurde als letztes in einer Reihe von Länderglossaren zum Thema Beschäftigung und Arbeitsbeziehungen in Europa (European Employment and Industrial Relations Glossary) für EU-15 veröffentlicht.

Im Februar 2004 wurde der Stiftung ein umfassender und überarbeiteter Text zur Verwendung auf EU-Ebene vorgelegt. Das EU-Glossar mit seinen neun thematischen Einführungen und über 400 verbindlichen Terminologieeinträgen stellt einen erstmaligen Versuch dar, die Konzepte und Terminologie auf dem Gebiet der Beschäftigung und Arbeitsbeziehungen in Europa systematisch zu erfassen. Dieser Ansatz ist im Vergleich zu den bisherigen nationalen Veröffentlichungen in Bezug auf seine Struktur und seinen Inhalt einzigartig. Anschließend wurde ein Prozess zur Überprüfung der Weiterbearbeitung und Überarbeitung in Auftrag gegeben, woraufhin im Dezember 2004 ein überarbeiteter und aktualisierter EU-Band vorgelegt wurde. Dieser Band wird Anfang 2005 einer Bewertung unterzogen.

Im Jahr 2004 wurden sechs Ausgaben des EIRO-Newsletters EIRObserver veröffentlicht.

Zusammenfassung der Forschungsergebnisse

Europäische Betriebsräte

Der Bericht *European works councils in practice* (Europäische Betriebsräte in der Praxis) bietet einen Überblick über die Fallstudien der Europäischen Betriebsräte in der Praxis. Es wurden Forschungen in verschiedenen Unternehmen durchgeführt, die ihren Stammsitz in fünf EU-Mitgliedstaaten haben: in Frankreich, Deutschland, Italien, Schweden und im Vereinigten Königreich. Der Bericht beleuchtet die Vielfalt an Praktiken in Bezug auf die Einbeziehung von Betriebsräten in die Arbeitsbeziehungen im Unternehmen, die Häufigkeit und Intensität der Dialoge unter den Akteuren, den Grad der Beteiligung der Unternehmensführung, die Ressourcen und den Zusammenhalt unter den Arbeitnehmervertretern.

Finanzielle Beteiligung

Im Mai 2003 begann die Stiftung mit einer neuen Phase ihres Projekts zur finanziellen Beteiligung. Im Rahmen dieser neuen Phase werden neue Indikatoren entwickelt, mit deren Hilfe ein Leistungsvergleich der einzelstaatlichen Strategien und Praktiken zur finanziellen Beteiligung in den EU-Mitgliedstaaten durchgeführt werden kann. Die Hindernisse, mit denen kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bei der Einführung von Systemen zur finanziellen Beteiligung konfrontiert sind, werden genauso untersucht wie die Mechanismen zur Förderung ihrer Akzeptanz in diesen Unternehmen. Drei Berichte wurden bisher veröffentlicht.

Financial participation: The role of governments and social partners (Finanzielle Beteiligung: die Rolle der Regierungen und Sozialpartner) zeichnet ein umfassendes Bild von der aktuellen Situation und untersucht, in welchem Maße Regierungen, Gewerkschaftsverbände und Arbeitgeberorganisationen die Gestaltung von Maßnahmen zur finanziellen Beteiligung in jedem Land beeinflussen.

Financial participation for small and medium-sized enterprises: Barriers and potential solutions (Finanzielle Beteiligung in kleinen und mittleren Unternehmen: Hindernisse und mögliche Lösungen) erläutert das Konzept der finanziellen Beteiligung und dessen Bedeutung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Der Bericht untersucht die Gründe für die Einführung der finanziellen Beteiligung in KMU, die Hindernisse und Herausforderungen sowie die positive Rolle, die die finanzielle Beteiligung spielen kann.

Financial participation in the EU: Indicators for benchmarking (Finanzielle Beteiligung in der EU: Indikatoren für den Leistungsvergleich) basiert auf der jüngsten Forschung der Stiftung zur finanziellen Beteiligung und stützt sich auf die acht allgemeinen Grundsätze, die die Kommission in ihrer Rahmenmitteilung dargelegt hat. Der Bericht zeigt den Umfang der finanziellen Beteiligung in der gesamten Europäischen Union auf, verdeutlicht die Unterschiede in den nationalen Politiken und verweist auf Aspekte,

die als Hindernisse für die allgemeine Akzeptanz des Systems zur finanziellen Beteiligung wirken könnten. Zur Erprobung der Indikatoren wurde ein Pilotprojekt durchgeführt, in dessen Rahmen ein nationaler 'Benchmarking'-Bericht über Slowenien erstellt wurde.

Qualität der Arbeitsbeziehungen

Im Jahr 2003 wurden konzeptionelle Arbeiten durchgeführt, um die wichtigsten Indikatoren für die Qualität der Arbeitsbeziehungen zu ermitteln. Im Rahmen der Arbeiten wurden die nationale Gesetzgebung, Tarifvereinbarungen sowie weitere offizielle Dokumente auf EU- und nationaler Ebene berücksichtigt. 2004 wurde der Bericht *Quality of industrial relations: comparative indicators in the EU15* (Qualität der Arbeitsbeziehungen: vergleichende Indikatoren in EU-15) veröffentlicht. Ziel des Berichts ist es, einen Beitrag zur Debatte zwischen den Sozialpartnern und Regierungen über die Entwicklung der Qualität der Arbeitsbeziehungen und die Bewältigung des Wandels zu leisten. 2004 wurde die Studie auf die neuen Mitgliedstaaten ausgeweitet.

Im Brennpunkt

Finanzielle Beteiligung in der EU

Im vergangenen Jahr wurde die fünfjährige Forschungstätigkeit zur finanziellen Beteiligung (1999-2004) abgeschlossen. In den EU-Initiativen werden seit Anfang der 90er Jahre Bestrebungen zur vermehrten Gewinnbeteiligung, Aktienbesitz von Arbeitnehmern und Aktienbezugsrechten für Mitarbeiter gefördert. Entsprechenden Maßnahmen der Mitgliedstaaten führten in verschiedenen Ländern zur Einführung neuer Gesetze. Finanzielle Beteiligung in Form von Gewinnbeteiligung und Aktienbesitz ist seit vielen Jahren ein charakteristisches Merkmal der Arbeitnehmerbeteiligung in der Europäischen Union. Doch obwohl die finanzielle Beteiligung in verschiedenen Mitgliedstaaten durch steuerliche Anreize und andere gesetzgeberische Maßnahmen gefördert wird, zeigen sich bei näherer Betrachtung große Unterschiede in der Vorgehensweise der einzelnen Länder. Zudem werden auf europäischer Ebene Kosten und administrative Schwierigkeiten als mögliche Gründe angeführt, weshalb es noch nicht zu einer umfassenden Einführung von Plänen zur finanziellen Beteiligung gekommen ist.

Forschungsergebnisse

Die Forschungen führten unter anderem zu dem Ergebnis, dass die Sozialpartner zwar eine Rolle bei der Beeinflussung der öffentlichen Debatte über die Regierungspolitik spielen, die wesentlichen Aktivitäten von Arbeitgeber- und Gewerkschaftsorganisationen jedoch eher eine Reaktion auf Regierungsinitiativen und Gesetze statt vorausschauende Maßnahmen darstellen.

Zentrale Organisationen der Sozialpartner scheinen den Unternehmen oder Arbeitnehmern keine umfassende Beratung zu diesem Thema zu bieten. Da die Unternehmenspraxis in den Mitgliedstaaten vom nationalen gesetzlichen und steuerlichen Rahmen für die finanzielle Beteiligung stark beeinflusst wird, üben die Organisationen der Sozialpartner überwiegend indirekten Einfluss aus. Zudem wird der Umfang der Aktivitäten der Sozialpartner auf diesem Gebiet erheblich vom Umfang der Unterstützung und Aktivitäten der Regierung beeinflusst. Beispielsweise sind im Vereinigten Königreich und Frankreich Arbeitgeberorganisationen und andere Managementverbände am aktivsten. Die Forschung kommt zu dem Ergebnis, dass es zwischen den Sozialpartnern der einzelnen Länder starke Parallelen in der Philosophie und Vorgehensweise gibt. Von einigen Ausnahmen abgesehen stehen die Arbeitgeberorganisationen dem Konzept der finanziellen Beteiligung tendenziell aufgeschlossen gegenüber. Zudem vertreten sie mehr oder weniger die gleichen Ansichten in Bezug auf die erwünschten Merkmale einer finanziellen Beteiligung. In den meisten europäischen Ländern hat sich der Widerstand der Gewerkschaften in jüngster Zeit allgemein abgeschwächt:

Inzwischen sprechen sich viele Gewerkschaften und Zentralvereinigungen für eine finanzielle Beteiligung aus. Doch ebenso wie die Arbeitgeberorganisationen vertreten die Gewerkschaften die Auffassung, dass solche Pläne gewisse „Schutzmechanismen“ enthalten sollten, etwa Anspruchskriterien auf breiter Grundlage.

Zudem hebt der Bericht die positive Rolle hervor, die die finanzielle Beteiligung für kleine und mittlere Unternehmen spielen kann, und bietet den Mitgliedstaaten Wegweiser, um die KMU auf diesem Weg zu bestärken. In der Analyse werden folgende Lösungsansätze vorgeschlagen:

- Bekämpfung des Festhaltens an alten Strukturen und des Widerstands unter Firmenbesitzern
- verstärkte staatliche Förderung, unter anderem durch Optimierung der steuerlichen Anreize und rechtlichen Strukturen
- Schaffung eines Umfelds, in dem Informationen und Know-how leicht zugänglich sind und institutionelle Unterstützung einen bedeutenden Mehrwert schaffen kann
- Identifizierung praktikabler Strukturen der finanziellen Beteiligung - einfach und bezahlbar
- Verbreitung von Fachwissen über die Vorteile der finanziellen Beteiligung und wie sie funktionieren kann.

Der Zweck dieses dritten Berichts, *Financial participation in the EU: Indicators for benchmarking* (Finanzielle Beteiligung in der EU: Benchmarking-Indikatoren), bestand in der Entwicklung einer Gruppe von Indikatoren, mit deren Hilfe ein Leistungsvergleich der Strategien und Praktiken zur finanziellen Beteiligung in der EU durchgeführt werden kann. Die Indikatoren wurden im Rahmen einer ausführlichen konzeptionellen Diskussion entwickelt, die auf einer breit angelegten Durchsicht der aktuellen Literatur basierte. Sie stehen im Einklang mit den allgemeinen Grundsätzen, die die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung von Juli 2002 dargelegt hat. Zudem geht es darin auch um das Ausmaß einer finanziellen Beteiligung und um die Unterschiede in den nationalen Politiken und Eigenschaften, die als Hindernisse für die länderübergreifende Verbreitung von Plänen zur finanziellen Beteiligung wirken können. Große Aufmerksamkeit wurde auf die Verfügbarkeit vorhandener Daten bei der Entwicklung der endgültigen Indikatoren gerichtet. Angesichts der lückenhaften Quellen wurden die 16 endgültigen Indikatoren zum geografischen Erfassungsbereich, zum zeitlichen Rahmen und zur Periodizität mit ausführlichen Anmerkungen versehen.

Schlüsselveranstaltungen

31. März - 2. April

Social dialogue and conflict resolution mechanisms in the acceding countries (Sozialdialog und Mechanismen zur Beilegung von Konflikten in den Beitrittsländern), Brdo Estate, Kranj, Slowenien
Redner u.a.: Willy Buschak, Timo Kauppinen, Christian Welz

4. Juni

Sitzung der für Arbeitsbeziehungen zuständigen Generaldirektoren der Europäischen Kommission zum Thema finanzielle Beteiligung, Amsterdam, Niederlande
Redner: Christian Welz

7./11. September

IIRA 7th European Congress -The future of work in Europe (7. Europäischer IIRA-Kongress - Die Zukunft der Arbeit in Europa), Lissabon, Estoril, Portugal

Redner u.a.: Willy Buschak, David Foden, Timo Kauppinen, Isabella Biletta

7./8. Oktober

Vom niederländischen EU-Ratsvorsitz veranstaltete Konferenz

Recent Developments in European Industrial Relations: Adaptability and Quality (Aktuelle Entwicklungen in den europäischen Arbeitsbeziehungen: Anpassungsfähigkeit und Qualität), Den Haag, Niederlande

Redner u.a.: Willy Buschak David Foden, Timo Kauppinen

18./19. Oktober

Industrial relations in the EU, Japan and USA (Arbeitsbeziehungen in der EU, in Japan und in den USA), EIRO-Seminar, Dublin, Irland

Redner u.a.: David Foden, Willy Buschak, Timo Kauppinen, Christian Welz, Isabella Biletta, Camilla Galli da Bino

29./30. November

Building industrial relations and social dialogue indicators and country profiles (Aufbau von Arbeitsbeziehungen und Indikatoren für den Sozialdialog und Länderprofile), EIRO-Veranstaltung zum Tripartismus, Budapest, Ungarn

Redner u.a.: Timo Kauppinen, Christian Welz, Camilla Galli da Bino

Europäische Stelle zur Beobachtung des Wandels

Möglichkeiten für den Wandel

Höhepunkte 2004

Für die Europäische Stelle zur Beobachtung des Wandels (EMCC) stand das Jahr 2004 ganz im Zeichen der Konsolidierung. Auf der Konferenz „EMCC Exchange 2004 - Developing Europe's capacity for change“ (EMCC-Austausch 2004 - Entwicklung der Möglichkeiten für den Wandel in Europa) im April wurden die drei vorrangigen Themenkomplexe der EMCC und ihre Produkte seit ihrer Gründung im Oktober 2001 präsentiert.

Die EMCC veröffentlicht Informationen über Trends und Triebkräfte für den Wandel in ihrer Reihe „Sector Futures“ (Sektorperspektiven). Bisher wurden Artikel über sieben Sektoren veröffentlicht. Durch Präsentationen bei einschlägigen Organisationen setzt sich die EMCC dafür ein, diese Schriftenreihe als Grundlage für Erörterungen zwischen Organisationen der Sozialpartner zu nutzen.

Antizipation des Wandels ist ebenfalls ein wichtiger Bestandteil der Intensivforschung der EMCC. In einem „Antizipierungsworkshop“ im September wurden zusammen mit Praxisvertretern vier mögliche Szenarien für die europäische Automobilindustrie erörtert. Bei einer ähnlichen Initiative im Dezember wurden vier Szenarien verwendet, die von der EMCC für die Textil- und Lederindustrie entwickelt wurden. Die Entwicklung von Szenarien ist ebenfalls ein wichtiger Bestandteil eines 2004 begonnenen Forschungsprojekts für die Telekommunikationsindustrie und das Baugewerbe.

Auch im Jahr 2004 bestand eine der wesentlichen Herausforderungen darin, das Phänomen der Umstrukturierung besser zu verstehen. Die EMCC beantwortete Anfragen nach weiteren quantitativen Informationen über Unternehmensumstrukturierungen mit Hilfe von Daten ihres Beobachtungsinstruments „European Restructuring Monitor“ (ERM). Dieses Beobachtungsinstrument wurde auf drei neue Mitgliedstaaten (Tschechische Republik, Polen und Slowakei) ausgeweitet. Allen drei Ländern wurde ein Artikel im online veröffentlichten ERM-Quartalsbericht (*ERM quarterly*) gewidmet.

Die Suche nach guten praktischen Lösungen zur Bewältigung des industriellen Wandels und deren Erörterung im EMCC-Unternehmensnetzwerk wurde fortgesetzt. Das Netzwerk ist seit seiner Gründung im Jahr 2002 beständig gewachsen und umfasst jetzt Firmenvertreter aus allen 25 Mitgliedstaaten, multinationalen Unternehmen sowie KMU. Im Jahr 2004 wurden drei Seminare für die Mitglieder des Netzwerks organisiert. Die Seminare fanden großes Interesse und boten der EMCC Gelegenheit, ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen verschiedenen Regionen, Sektoren, multinationalen Unternehmen, KMU sowie Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern herzustellen.

Das EMCC-Portal ist weiterhin das Hauptinstrument zur Verbreitung von Forschungsergebnissen und Analysen sowie für den Informationsaustausch. Dank der qualitativen Verbesserung seiner Produkte und seines Auftritts sind die Benutzerzahlen von Januar 2004 bis Dezember 2004 von 8 200 auf 25 000 kontinuierlich gestiegen. Die EMCC wird immer öfter eingeladen, ihre Arbeit auf Seminaren und Konferenzen zu präsentieren, und wurde von der Europäischen Kommission um die Erstellung von Ad-hoc-Berichten zu verschiedenen Themen ersucht.

Beobachtungsaktivitäten

European Restructuring Monitor (ERM)

Ende 2004 wurden vom Beobachtungsinstrument ERM mehr als 2 000 Fälle registriert. Das ERM lässt über ein Korrespondentennetz Zeitungen in 18 Mitgliedstaaten beobachten und erfasst Meldungen über angekündigte Umstrukturierungen von Unternehmen, die mehr als 250 Mitarbeiter beschäftigen und in denen mehr als 10 % der Belegschaft von der Umstrukturierung betroffen ist. Aufgrund der zunehmenden Größe der Datenbank sind die erstellten Statistiken, in denen Trends in Sektoren und Ländern dargestellt und Daten nach Datentyp bereitgestellt werden, aussagekräftiger geworden. Zudem verzeichnete das ERM im Jahr 2004 eine steigende Anzahl von Fällen, in denen die Umstrukturierung zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch Unternehmenserweiterung geführt hat.

Im Jahr 2004 erschienen vier Ausgaben des ERM-Quartalsberichts, in denen die in bestimmten Sektoren und Ländern beobachteten Trends analysiert und Hintergrundinformationen zu kürzlich angekündigten Umstrukturierungsplänen vermittelt wurden.

„Sector Futures“ (Sektorperspektiven)

Für sieben Wirtschaftszweige liegt jetzt eine vollständige Artikelreihe vor: Informations- und Kommunikationstechnologien Finanzdienstleistungen, Gesundheits- und Sozialdienste, Verlage und Medien, Automobilindustrie, Textil- und Lederindustrie sowie Lebensmittel- und Getränkeindustrie. Die erste Ausgabe dieser Artikelreihe bietet einen Überblick über den Sektor und skizziert Trends und Triebkräfte des Wandels. Die zweite Ausgabe stellt Aussagen aus Zukunftsstudien und -szenarien zusammen und zeichnet ein detaillierteres Bild von der Zukunft bezogen auf die erforderlichen Qualifikationen und Beschäftigungsstrukturen. Die dritte Ausgabe beleuchtet die wichtigsten Herausforderungen für politische Entscheidungsträger, die sich aus der Analyse der Trends und Triebkräfte des Wandels ergeben. Diese Artikelreihe dient als Grundlage für eine zukunftsorientierte Debatte im Rahmen des Sozialdialogs, insbesondere auf europäischer Ebene. Die EMCC hielt mehrere Vorträge vor sektoralen Ausschüssen für den sozialen Dialog und den Organisationen der Sozialpartner, um auf diese Artikelreihe und ihren möglichen Beitrag zu einem ergebnisbezogenen Sozialdialog aufmerksam zu machen.

Zusammenfassung der Forschungsergebnisse

Trends und Triebkräfte des Wandels im europäischen Telekommunikationssektor und in der Bauindustrie

Beide Sektorstudien bieten eine Bestandsaufnahme und sechs Fall- oder Clusterstudien, in denen aufgezeigt wird, wie verschiedene Unternehmen auf die Triebkräfte des Wandels in ihren Branchen reagiert haben. Außerdem werden in vier Szenarien die möglichen Zukunftsperspektiven für die Branche aufgezeigt. Die Forschungsergebnisse dienen als Diskussionsgrundlage in den „Antizipierungsworkshops“ für die beiden Sektoren (Telekommunikation und Baubranche).

EMCC-Dossier

Im EMCC-Portal wurden zwei Dossiers veröffentlicht, in denen die Ergebnisse der umfassenden Forschung in der Automobil-, Textil- und Lederindustrie präsentiert wurden. Neben der Bestandsaufnahme, den Szenarien und Fallstudien der EMCC für die einzelnen Sektoren enthalten die Dossiers zahlreiche Links für den Zugriff auf zusätzliche Datenquellen und sachdienliche Dokumente.

Im Brennpunkt

Outsourcing von IKT- und verwandten Dienstleistungen in der EU

Aufgrund der Lohnunterschiede zwischen den verschiedenen Ländern verlagern Unternehmen seit vielen Jahren die Produktion von Waren von Hochlohn- in Niedriglohnländer. Die Verlagerung der Produktion hat in Sektoren wie der Textil- und Lederindustrie, Elektro- und Metallverarbeitungsindustrie und im Maschinenbau bereits eine lange Tradition. Seit kurzem werden jedoch auch Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor zwischen den EU-Mitgliedstaaten sowie auf globaler Ebene verlagert. Die Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnik haben dazu geführt, dass theoretisch jede digitalisierbare Aufgabe ausgelagert und an einem fernen Standort verrichtet werden kann.

Dieses häufig als „Outsourcing“ oder „Offshoring“ bezeichnete Phänomen steht inzwischen ganz oben auf der politischen Tagesordnung und im Mittelpunkt des Medieninteresses. In der Debatte zum Thema Offshoring wurden auch die Schwierigkeiten bei der Definition dieses Begriffs, die Komplexität des Phänomens und der Mangel an verlässlichen Daten und Statistiken offenkundig.

Um diese Wissenslücke zu schließen, leitete die EMCC eine Untersuchung der vorhandenen Nachweise über das Outsourcing von IKT- und verwandten Dienstleistungen in der Europäischen Union ein. Der Bericht definiert den Umfang des Phänomens „Offshore-Outsourcing“ und der entsprechenden Dienstleistungen und kommt zu dem Ergebnis, dass die Sektoren „Datenverarbeitung und Datenbanken“ sowie „Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen“ die Wirtschaftszweige mit dem größten Offshore-Outsourcing-Potenzial sind.

Erstaunlicherweise wurde in diesen beiden Sektoren in Europa noch kein Nettoverlust an Arbeitsplätzen verzeichnet. Der Bericht *Outsourcing of ICT and related services in the EU* (Outsourcing von IKT- und verwandten Dienstleistungen in der EU) zeigt, dass die Beschäftigung im Sektor „Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen“ in allen untersuchten Ländern kontinuierlich zunimmt und in einigen Fällen, wie beispielsweise in der Tschechischen Republik, beeindruckende Wachstumsraten erzielt werden. Mit Ausnahme von Dänemark wurde jeder Rückgang im Sektor „Datenverarbeitung und Datenbanken“ in Zahlen ausgedrückt durch das Wachstum in anderen unternehmensbezogenen Dienstleistungssektoren mehr als ausgeglichen. Die höchsten Wachstumsraten wurden in genau denjenigen Ländern erzielt, in denen das Beschäftigungsniveau in diesen Sektoren am niedrigsten ist. Dies bedeutet also, dass die neuen Mitgliedstaaten den übrigen europäischen Ländern momentan zwar noch hinterherhinken, was den Anteil der IKT-Dienstleistungen in ihren Volkswirtschaften betrifft, jedoch auf dem besten Wege sind, diesen Rückstand aufzuholen. Die niedrigsten Wachstumsraten wurden im Großen und Ganzen in den am stärksten entwickelten Volkswirtschaften verzeichnet.

Die Gründe für dieses fortgesetzte Beschäftigungswachstum im europäischen IKT-Dienstleistungssektor sind mannigfaltig. Erstens liegt dies in der wirtschaftlichen und sprachlichen Vielfalt begründet, da die EU eine Vielzahl von Standorten bietet, die für ein Offshore-Outsourcing in Frage kommen. Zweitens spiegelt sich darin die Tatsache wider, dass die EU eine Empfängerregion von Arbeitsplätzen ist, die in anderen Teilen der Welt, insbesondere den Vereinigten Staaten, ausgelagert wurden. Schließlich wird dadurch die zunehmende Tendenz zur Auslagerung von IKT- und zugehörigen Funktionen unterstrichen, wodurch sich der Schwerpunkt auf diese Sektoren von anderen Teilen der Wirtschaft, einschließlich des öffentlichen Sektors, verlagert hat.

Diese Erkenntnisse leugnen jedoch keineswegs die Tatsache, dass das „Offshore-Outsourcing“ im Endeffekt häufig zu einem Abbau von Arbeitsplätzen an einem bestimmten Ort führt. Bisher war dies selten mit Entlassungen verbunden, sondern Teil des organisatorischen Wandels, bei dem Arbeitsplätze im Kontext der normalen Abwanderung von Arbeitskräften abgebaut wurden.

Die Schlussfolgerungen des Berichts wurden auf einem Seminar zum Thema Outsourcing von IKT- und verwandten Dienstleistungen bestätigt, das von der Europäischen Kommission und dem US-Arbeitsministerium am 13./14. Dezember 2004 gemeinsam veranstaltet wurde. Die Auslagerung von IKT-Dienstleistungen bewegt sich von der experimentellen Phase zur Konsolidierungsphase und ist ein Phänomen, das fortan zur gesellschaftlichen Realität gehören wird. Ebenso wichtig war jedoch, dass die Sachverständigen aus den Vereinigten Staaten und aus Europa darin übereinkamen, dass zuverlässigere statistische Indikatoren zur besseren Quantifizierung des Problems notwendig sind. Zugleich stimmten sie darin überein, dass weitere Informationen über die praktische Handhabung von Outsourcing-Strategien benötigt werden. Das EMCC wird sich mit dem Thema Offshore-Outsourcing in einem seiner Seminare 2005 zu Unternehmensnetzwerken befassen und gemeinsam mit Sachverständigen der Europäischen Kommission, von Eurostat und der OECD die Diskussion über statistische Indikatoren voranbringen.

Austauschveranstaltungen

Im Rahmen des EMCC-Unternehmensnetzwerks wurde eine Reihe von Seminaren abgehalten

4./5. März

The workplace of the future - managing the challenge of an ageing workforce (Der Arbeitsplatz der Zukunft - Bewältigung der Herausforderung einer alternden Erwerbsbevölkerung), Wien, Österreich

Im Mittelpunkt dieses Seminars standen Politik und Praxis im Zusammenhang mit der alternden Erwerbsbevölkerung. Teilnehmer aus 12 EU-Mitgliedstaaten erörterten die Vorträge der Deutschen Bank (Deutschland), Voestalpine AG (Österreich), Thales-Gruppe (Frankreich) und das vom finnischen Arbeitsministerium entwickelte Programm.

2./3. Juni

Business resilience - anticipation as the key to sustainable business success (Das „unerschütterliche“ Unternehmen - Antizipation als Schlüssel für nachhaltigen geschäftlichen Erfolg), Noordwijk, Niederlande

Auf diesem Seminar wurden zwei verschiedene, jedoch verwandte Aspekte der Anpassungsfähigkeit erörtert: „antizipatorische Anpassungsfähigkeit“ und „Anpassungsfähigkeit beim Krisenmanagement“. Vier Unternehmen stellten ihren Ansatz vor: CVP (Frankreich), Pharmacia (Schweden), Schiphol Airport Group (Niederlande) und NH Hoteles Group (Spanien).

23./24. September

Driving forward - futures for the automotive sector from a regional perspective (Der Weg in die Zukunft - Zukunftsaussichten für den Automobilssektor aus regionaler Perspektive), Warschau, Polen

Thema des zweitägigen Workshops waren die Antizipation des Wandels im Automobilssektor und die Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation. Fast die Hälfte der Teilnehmer stammte aus den neuen Mitgliedstaaten. Die Veranstaltung endete mit einem Besuch im Werk des französischen Automobilzulieferers Faurecia in Grojec südlich von Warschau.

18./19. November

Achieving gender balance - strategies for competitiveness (Geschlechtergleichstellung - Strategien zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit), Lissabon, Portugal

Dieses Seminar ging der Frage nach, welche Maßnahmen Unternehmen im Hinblick auf ein ausgewogenes Verhältnis von Berufs- und Privatleben treffen, um die besten Mitarbeiter im Unternehmen zu halten und vor allem Frauen einen attraktiven Arbeitsplatz zu bieten. Den Teilnehmern wurden Fälle aus 14 Mitgliedstaaten präsentiert, darunter Nestle (Frankreich), dänisches Technologieinstitut (DTI, Dänemark), Grupo Texto Editores (Portugal) und Addenbrooke's Hospital (Vereinigtes Königreich).

16./17. Dezember

Fashioning the future: Challenges for the European textile and clothing sector (Zukunft gestalten: Herausforderungen für die europäische Textil- und Bekleidungsindustrie), Nottingham, Vereinigtes Königreich

Dieser Workshop bot den Teilnehmern aus sieben Mitgliedstaaten und den Vereinigten Staaten Gelegenheit, die allgemeinen Trends und Triebkräfte für den Wandel in der Textil- und Bekleidungsindustrie zu erörtern. Zur Antizipation zukünftiger Entwicklungen wurden vier Szenarien im Rahmen der sektorbezogenen Forschung der EMCC entwickelt.

Schlüsselveranstaltungen

4./5. Mai

Social management in restructuring processes (Sozialmanagement bei Umstrukturierungsprozessen), Mailand, Italien

Die EMCC wurde eingeladen, ihre Arbeiten auf dem Gebiet der Umstrukturierung im Rahmen eines Projekts zu präsentieren, an dem der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und seine italienischen Mitgliedsverbände CISL und UIL mitwirkten. Diese Initiative bot eine ausgezeichnete Gelegenheit, die Arbeit der EMCC den Sozialpartnern auf nationaler Ebene näher zu bringen. Es wurde eine engere Zusammenarbeit zwischen der EMCC und der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales auf dem Gebiet der Umstrukturierung vereinbart, wobei die Durchführung einer gemeinsamen Studie und die Organisation einer Konferenz der EU und der USA zum Thema „Offshore outsourcing of ICT and business related services“ (Offshore-Outsourcing von IKT- und verwandten Dienstleistungen) den Auftakt bildeten.

22. Oktober

Managing industrial change and corporate restructuring (Bewältigung des industriellen Wandels und der Unternehmensumstrukturierung), Katowice, Polen

Diese Konferenz wurde von EuroCadres im Rahmen ihrer Aktivitäten zum Aufbau von Kapazitäten über ihre Partnerorganisationen in den neuen Mitgliedstaaten organisiert. Die Konferenz wurde von über 100 Teilnehmern aus traditionellen Sektoren der Schwerindustrie besucht, die mehr über die Bewältigung des Wandels in industriellen Prozessen erfahren wollten. Zudem wurde diese Veranstaltung genutzt, um den Organisationen in den neuen Mitgliedstaaten die Aktivitäten der EMCC näher zu bringen.

30. November

Restructuring - Anticipating and fostering change (Umstrukturierung - Antizipation und Förderung des Wandels), Seminar für Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Brüssel, Belgien

Dieses Seminar diente zur Anregung der Erörterungen unter Mitgliedern des Europäischen Parlaments über verschiedene Umstrukturierungsaspekte und vermittelte zugleich Einblicke in das einschlägige Fachwissen der EMCC und der Stiftung zu diesem Thema. Die drei untersuchten Blickwinkel waren Wettbewerbsfähigkeit und Umstrukturierung in der Industrie, die Rolle der Sozialpartner bei der Umstrukturierung und die regionale Dimension des industriellen Wandels. Zu jedem Thema gab es eine Einführung durch ein Mitglied des Europäischen Parlaments (Philip Bushill-Matthews, Stephen Hughes, Elspeth Attwooll), der eine politische Dimension präsentierte und die Debatte mit anderen Mitgliedern des Parlaments und Vertretern von Interessengruppen eröffnete.

Bereichsübergreifende Themen

Als Teil ihrer auf die bessere Verbreitung und die verstärkte Nutzung ihrer Arbeit ausgerichteten Strategie hat die Stiftung ihre Schriftenreihe zu jenen Themen weitergeführt, denen im Programm 2001-2004 Priorität eingeräumt wurde. Diese Artikel stützen sich auf die Ergebnisse einer Palette von Stiftungsprojekten und wurden im Kontext der aktuellen strategischen Zielsetzungen der EU verfasst. Der Verwaltungsrat ernannte für jedes der fünf Themen einen beratenden Ausschuss, der die Stiftung darin unterstützt, diese Produkte auf den Informationsbedarf der Zielgruppen der Stiftung abzustimmen, indem er bei der Auswahl der Themen und der Erstellung der Artikel der Stiftung beratend zur Seite steht.

Förderung der sozialen Eingliederung

Der Artikel *Social inclusion: Role of the social partners* (Soziale Eingliederung: Die Rolle der Sozialpartner) wurde im November veröffentlicht. Sein Schwerpunkt liegt auf der zunehmenden Einbeziehung der Sozialpartner in sozialpolitische Angelegenheiten, insbesondere im Bereich der sozialen Eingliederung. Darin wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass alle Beteiligten die traditionellen Strukturen hinter sich lassen und in diesem komplexen und vielschichtigen Bereich eine wirkungsvolle Interaktion auf allen Ebenen anstreben.

Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen

Der Artikel *Equal opportunities for women and men in services of general interest* (Chancengleichheit für Frauen und Männer in gemeinnützigen Diensten) wurde im Dezember 2004 veröffentlicht und bildete den Abschluss der Schriftenreihe der Stiftung. Anhand von Beispielen aus den Bereichen Bildung, Gesundheitswesen und soziale Dienste wird die Bedeutung von Gleichstellungspolitiken bei der Herausbildung und Modernisierung dieser Dienste gemäß der aktuellen politischen Agenda der EU hervorgehoben.

In den drei verbleibenden Bereichen Umgang mit Vielfalt, Förderung besserer Beschäftigung und Untersuchung der sich verändernden Zeitnutzung wurden keine neuen Arbeiten in Angriff genommen.

Entwicklungsaktivitäten

Zur Vorbereitung auf den Informationsbedarf und die politische Entwicklung im Zeitraum nach 2004 hat die Stiftung auch Forschungs- und experimentelle Arbeiten zu neuen Themen auf bereichsübergreifender Basis durchgeführt. Diese Vorhaben, die sich die Antizipation neuer Entwicklungen und die Sensibilisierung dafür zum Ziel gesetzt haben, beinhalten Forschungstätigkeiten, den Aufbau von Netzwerken und den Austausch von Informationen und Fachkenntnissen in den betreffenden Bereichen. Entwicklungsprojekte tragen im Wesentlichen innovative, experimentelle, erforschende Züge und sind zukunftsorientiert.

Unternehmenserhebung über die Arbeitszeit und die Ausgewogenheit von Berufs- und Privatleben

Die Unternehmenserhebung über die Arbeitszeit und die Ausgewogenheit von Berufs- und Privatleben wurde 2004 von der Planungs- in die Umsetzungsphase weitergeführt. Nachdem die aufwändige Erstellung eines Fragebogens und des Stichprobenrahmens abgeschlossen war, konnte die Erhebung in EU-15 im Herbst durchgeführt werden. Am Jahresende wurde ein Vertrag über die Ausweitung der Erhebung auf eine Reihe von Mitgliedstaaten unterzeichnet, die der EU im Mai 2004 beigetreten waren (Lettland, Polen, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern). Die Daten für diese Länder werden 2005 vorliegen, die Auswertungen und Analysen werden auf der Grundlage des integrierten Datensatzes erfolgen.

Seminarreihe der Stiftung: Erfahrungsaustausch und voneinander Lernen in Europa

Im *Arbeitsprogramm 2004* der Stiftung war auch die Umsetzung einer Pilotphase der Seminarreihen der Stiftung vorgesehen, die sich an die nationalen Vertreter der beteiligten Akteure richtete. Mit dieser Seminarreihe festigt die Stiftung ihre Rolle als Diskussionsforum für soziale Fragen in Europa. Sie soll vorrangig dazu dienen, einen gegenseitigen Lernprozess in Gang zu setzen und zu fördern, nationale Erfahrungen und strategische Ansätze vorzustellen und so aus den Erfahrungen in anderen Mitgliedstaaten zu lernen.

In diesem Zusammenhang veranstaltete die Stiftung ein Seminar zum Thema *Age and work: Connecting the generations* (Alter und Arbeit: Verbindung zwischen den Generationen), das aus zwei Veranstaltungen bestand, die im Juni in Dublin und im September in Bonn stattfanden. Die Seminare waren für 36, auf Dreierbasis ausgewählte Teilnehmer konzipiert und verfolgten folgende Ziele:

- Förderung des Wissens über soziale Themen und die Sozialpolitik in Europa,
- Austausch über Verfahren, Maßnahmen und Politiken,
- Förderung von Netzwerken unter den Teilnehmern.

Am Jahresende konnte die Stiftung aufgrund einer positiven Beurteilung den Abschluss der ersten Seminarreihe *Age and work: Connecting the generations* (Alter und Arbeit: Verbindung zwischen den Generationen) vorschlagen und eine neues Seminar zu einem interessanten Thema aus dem Bereich der europäischen sozialpolitischen Agenda für die Mitgliedstaaten organisieren.

Migration und Mobilität

Die Analyse der Stiftung zur Eurobarometer-Erhebung in den Kandidatenländern, die von der Europäischen Kommission 2002 durchgeführt wurde, erbrachte zusätzliche Erkenntnisse im Hinblick auf die Erörterungen zu Mobilität und Migration. Im Frühjahr 2004 veröffentlichte die Stiftung einen Bericht unter dem Titel *Migration trends in an enlarged Europe* (Migrationstrends in einem erweiterten Europa) als Teil ihrer Reihe zur Lebensqualität.

Foresight-Projekt zur Wissensgesellschaft

Das Foresight-Projekt zur europäischen Wissensgesellschaft (EUFORIA) bestand in Forschungstätigkeiten, dem Aufbau von Netzwerken und dem Austausch von Informationen und Fachkenntnissen mit Sachverständigen zur Wissensgesellschaft, den Sozialpartnern und Vertretern der Regierungen aus den Mitgliedstaaten. Das Projekt stellte auch eine Verbindung her zum 6. Europäischen Forschungsprogramm der Europäischen Kommission zur Vorhersage, dem Programm der GD Beschäftigung und Soziales zur Wissensgesellschaft und zur Lissaboner Strategie über die Untersuchung der Frage, wie soziale Vorhersage die Lücke zwischen der Beschäftigungsstrategie des Europäischen Rats von Lissabon und der Vorhersage zur Technologie ausfüllen kann.

Im Jahr 2004 hat die Stiftung eine Reihe von Länderberichten zur Wissensgesellschaft (Finnland, Deutschland, Griechenland), einen zusammenfassenden Projektbericht, eine Delphi-Studie und das *European knowledge society barometer* (Barometer der Europäischen Wissensgesellschaft) veröffentlicht. Zusätzlich wurde gemeinsam mit der irischen Regierung im Juni 2004 aus Anlass einer Konferenz des EU-Vorsitzes eine Abschlussveranstaltung unter dem Motto *Competitiveness - thinking and debating the future: Shaping and aligning public policies* (Wettbewerbsfähigkeit - Bildung und Ausrichtung öffentlicher Politiken) durchgeführt.

Information und Kommunikation

Zunehmender Einfluss

Der Einfluss der Stiftung nahm 2004 auf europäischer Ebene erheblich zu. Im letzten Jahr des Arbeitsprogramms 2001-2004 wurde die zunehmende Qualität und Bedeutung der Tätigkeit der Stiftung deutlich; diese positive Entwicklung mündete in das neue Arbeitsprogramm 2005-2008, das den Schwerpunkt auf die Herausforderungen der Agenda von Lissabon legt. Das neue Arbeitsprogramm wurde im Juli vom Verwaltungsrat genehmigt.

Einen wichtigen Beitrag zu diesem verbesserten Profil der Stiftung und ihrer Arbeit leistete die Veröffentlichung der Ergebnisse der ersten gesamteuropäischen Erhebung über die Lebensqualität. Die Ergebnisse dieser Erhebung schlossen eine Lücke in der Untersuchung der Entwicklung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in einem erweiterten Europa und bildeten die Grundlage für die Ende 2004 gestartete Roadshow zur Lebensqualität in Europa. Diese Kampagne unterstreicht die Strategie, eine gezieltere Informationspolitik zu betreiben, in dem Versuch, die Zielgruppen auf EU-Ebene sowie die einzelnen Mitgliedstaaten zu erreichen. In der ersten Hälfte von 2004 erfolgte die Nachbereitung der Informationskampagne zum Thema *Paving the road to enlargement - exchanging experiences* (Den Weg für die Erweiterung bereiten - Erfahrungsaustausch).

Das zweite Forum der Stiftung *Living to work - working to live: Tomorrow's work-life balance* (Leben um zu arbeiten - arbeiten um zu leben: Ausgewogenheit von Berufs- und Privatleben in der Zukunft) fand im November in Dublin statt. Diese Erweiterung der Diskussionsplattform der Stiftung für Regierungen und Sozialpartner war ein großer Erfolg.

Den Höhepunkt des Jahres bildete die Ausstellung der Stiftung im Europäischen Parlament. Die einwöchige Veranstaltung mit Seminaren, Sitzungen und Diskussionen gab der Stiftung Gelegenheit, den neuen Parlamentsmitgliedern und anderen Gruppen im Parlament alle Aspekte ihrer Arbeit vorzustellen.

Die Kampagne „Paving the road to enlargement“

Die Kampagne *Paving the road to enlargement* (Den Weg für die Erweiterung bereiten) hatte 2003 begonnen und wurde bis Ende Mai 2004 fortgesetzt. Einer ihrer Höhepunkte war die Veröffentlichung des Berichts *Migration trends in an enlarged Europe* (Migrationstrends in einem erweiterten Europa), der in Zusammenarbeit mit der Kommission im Februar 2004 fertig gestellt worden war. Diese aktuelle und sachdienliche Publikation wurde bei der Presseveranstaltung der EU-Kommission im Februar vorgestellt und fand in ganz Europa und darüber hinaus große Beachtung.

Ebenso wichtig war der große Bericht über die *Wahrnehmung der Lebensbedingungen in einem erweiterten Europa*, der im Vorfeld der Erweiterung veröffentlicht wurde. Diese gemeinsame Publikation der Stiftung und der Europäischen Kommission basierte auf Eurobarometer-Daten und wurde auf einem Seminar in Brüssel und bei diversen Presseveranstaltungen vorgestellt. In der Folge erschienen zahlreiche Artikel in der gesamten europäischen Presse (in einem Monat kamen für die Stiftung so viele Presseauschnitte zusammen wie ansonsten durchschnittlich in einem ganzen Jahr).

Es wurde eine Reihe detaillierter Begleitberichte veröffentlicht, die sich mit Themen wie der Zufriedenheit mit dem Leben, Gesundheit und Pflege, Fortpflanzungs- und Familienfragen, Migrationstrends, soziale Integration und soziale Ausgrenzung befassten. Auf diese Berichte wurde gezielt mit Pressemitteilungen, Artikeln im Newsletter *Communiqué* und auf der Website der Stiftung aufmerksam gemacht. Ergebnisse

dieser Berichtsreihe wurden auch auf einschlägigen Veranstaltungen des irischen EU-Ratsvorsitzes präsentiert.

Im Rahmen dieser Kampagne stellte die Stiftung auf einer Konferenz in Slowenien den Bericht *Social dialogue and conflict resolution in the acceding countries* (Sozialer Dialog und Beilegung von Konflikten in den beitretenden Ländern) vor. Diese letzte Publikation einer Reihe zum Thema Sozialdialog in den beitretenden Ländern wurde in einer Druckversion und online mit Links zu den jeweiligen nationalen Berichten zur Verfügung gestellt. Auf diese Veranstaltung wurde außerdem mit einer Pressemitteilung an rund 200 Journalisten in ganz Europa hingewiesen.

Während der Kampagne wurden alle Informationsbüros der EU-Vertretungen in den Beitrittsländern darauf angesprochen, die Präsentation und Verbreitung der Stiftungserzeugnisse zu unterstützen. Von der Stiftung bereitgestelltes Hintergrundmaterial bildete die Grundlage für Ausstellungen mit Publikationen, die für die neuen Mitgliedstaaten von direktem Interesse sind, sowie speziell angefertigten Werbekarten für die Kampagne selbst. Insgesamt wurden mehr als 13 500 Publikationen an die EU-Büros in diesen Ländern geliefert.

Am 1. Mai, dem Tag des Beitritts, wurde eine spezielle Homepage unter Eurofound ins Internet gestellt, die zahlreiche Links zu sämtlichen einschlägigen Berichten über alle 25 Mitgliedstaaten enthält.

Die Kampagne zur Lebensqualität in Europa

Die Kampagne zur Lebensqualität begann im Juni 2004, nachdem die Vorbereitungen einschließlich der Planung einer Roadshow mit Besuchen in allen 25 Mitgliedstaaten abgeschlossen waren. Die Ergebnisse der ersten von der Stiftung durchgeführten Erhebung über die Lebensqualität in Europa wurden in dem großen Bericht *Quality of life in an enlarged Europe* (Lebensqualität in einem erweiterten Europa) als Druckversion und im Internet veröffentlicht. Außerdem wurden eine Werbebroschüre mit einer Übersicht über die verschiedenen Aktivitäten der Stiftung in diesem Bereich sowie eine achtseitige Zusammenfassung des Berichts über die Lebensqualitätserhebung in allen EU-Sprachen herausgegeben.

Die Roadshow führte 2004 durch sechs Länder; sie begann in Polen und Deutschland und führte dann nach Zypern, in die Tschechische Republik, nach Estland und in die Slowakei. Bei diesen Besuchen fanden Treffen mit Vertretern der Regierungen und der Sozialpartner statt und es wurden nationale Seminare veranstaltet, um eine größere Zielgruppe zu erreichen. Zu jedem Treffen wurde ein Factsheet erstellt, in dem die Daten für das jeweilige Land mit den EU-Daten verglichen werden. Für die nationale Presse wurden, häufig mithilfe der EU-Vertretungsbüros, Presseveröffentlichungen und Pressekonferenzen organisiert. In einigen Mitgliedstaaten wurden vor dem Besuch der Roadshow die Ergebnisse der Erhebung in den größten Zeitungen des Landes besprochen. Auf der *Eurofound*-Website wurde außerdem ein Pressepaket über die Lebensqualitätserhebung zur Verfügung gestellt, und auf der Homepage und im Newsletter *Communiqué* der Stiftung wurde auf jede Station der Roadshow ausführlich hingewiesen.

Während drei dieser Roadshow-Besuche fanden Regionaltreffen mit Vertretern der benachbarten Mitgliedstaaten statt, um die Daten eingehender zu erörtern. Ein viertes Regionaltreffen fand in Frankreich statt. Die Roadshow-Stationen in den einzelnen Ländern geben der Stiftung die Gelegenheit, neue Erkenntnisse über die EU und das jeweilige Land vorzustellen. Gleichzeitig erleichtern die Rückmeldungen der Teilnehmer das Verständnis und die Interpretation der Ergebnisse und führen zu einer vertieften Analyse der Daten.

Die Roadshow-Besuche fanden unweigerlich ein großes Echo in der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtenberichterstattung und die Medienwirkung war beträchtlich. Insgesamt haben die Ergebnisse der Lebensqualitätserhebung über Zeitungen, Fernsehen und Rundfunk bisher schätzungsweise mehr als 9,3 Millionen Menschen in diesen sechs Mitgliedstaaten erreicht.

Forum der Stiftung

Das zweite Forum der Stiftung fand Anfang November 2004 statt. Rund 163 Teilnehmer nahmen an diesem Forum zum Thema „*Living to work - Working to live: Tomorrow's work-life balance in Europe*“ (Leben um zu arbeiten - arbeiten um zu leben: Ausgewogenheit von Berufs- und Privatleben im Europa der Zukunft) teil. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Forums von 2002 zielte dieses Forum stärker auf eine aktive Beteiligung ab und setzte daher auf Workshops, interaktive Diskussionen und andere innovative Kommunikationsformen.

Das Thema Ausgewogenheit von Berufs- und Privatleben war in verschiedener Hinsicht interessant (93 % der Teilnehmer bezeichneten die Themenwahl als gut bis sehr gut). Alle Teilnehmer konnten zu diesem, sowohl für politische Entscheidungsträger als auch für die Bürger wichtigen Thema Beiträge aus beruflicher oder persönlicher Perspektive beisteuern. Das Thema schien aber für Experten (Wissenschaftler, Fachleute der Regierungen) interessanter zu sein als für Politiker, wenn man es mit dem Thema des Forums von 2002 zum europäischen Sozialmodell vergleicht. 2002 waren 48 % der Teilnehmer von Regierungsseite hochrangige Vertreter ihres Landes (Minister, Staatssekretäre) gegenüber 38 % im Jahr 2004. Andererseits waren 2004 die Arbeitgeberseite (50 % gegenüber 18 %) und die Gewerkschaften (46 % gegenüber 32 %) mit mehr hochrangigen Teilnehmern vertreten. Das kann zum Teil mit der Themenwahl, mit der verstärkten Teilnahme der neuen Mitgliedstaaten und auch mit den Einladungskriterien zusammenhängen.

Am Forum nahmen 25 Journalisten aus 16 EU-Mitgliedstaaten teil. Im Anschluss an die Veranstaltung wurden 20 Zeitungsartikel und Features und drei Rundfunkberichte zu diesem Thema gezählt. Nach Abschluss des Forums fand ein eintägiges Seminar statt, auf dem die Arbeit der Stiftung vorgestellt wurde. Über Nacht wurde eine Sonderausgabe des Forum-Newsletters mit den wichtigsten Diskussionspunkten, Einführungsreden und Workshop-Debatten des ersten Tages erstellt und am nächsten Morgen an alle Teilnehmer der Stiftungsveranstaltung verteilt.

Außerdem wurde eine spezielle Forum-Homepage ins Internet gestellt, und der aktuelle Newsletter der Stiftung behandelte fast ausschließlich Themen des Forums.

Ausstellung im EU-Parlament

In dem Bemühen, auf die wichtige Arbeit des Verbindungsbüros in Brüssel hinzuweisen und Verbindungen zu den Institutionen herzustellen, erhielt die Stiftung die Gelegenheit, ihre Arbeit in einer anspruchsvollen Ausstellung vorzustellen, die vom 29. November bis zum 2. Dezember im Parlament stattfand. Das übergeordnete Thema der viertägigen Veranstaltung lautete *Lisbon strategy - Managing change* (Lissabon-Strategie - Bewältigung des Wandels). Ihr Schwerpunkt lag darauf, wie die gegenwärtige und künftige Forschungsarbeit der Stiftung Europa bei der Verwirklichung der Ziele der Lissabonner Strategie unterstützen könnte. Zu den Schwerpunktthemen gehörten zum Beispiel Förderung des sozialen Zusammenhalts, Ausgewogenheit von Berufs- und Privatleben, Alter und Arbeit, Arbeitsbeziehungen, Qualität von Arbeit und Beschäftigung sowie Chancengleichheit für Männer und Frauen. Neben der Ausstellung wurden diverse Rahmenveranstaltungen für die Abgeordneten des Europäischen Parlaments und andere hochrangige Akteure im Bereich der Sozialpolitik organisiert.

Bereichsübergreifende Projekte

Unternehmensumfrage zum Thema Zeit: Projekt Nr. 0272

Institution	Auftrag Nr.	Kosten EUR	MwSt.
TNS Infratest Sozialforschung (126(e)) <i>Ergänzung zu 03-3030-62</i>	3030-62	30 000	--
TNS Infratest Sozialforschung (126(e))	3030-64	93 260	--
TNS Infratest Sozialforschung (126(f))	3030-65	4 720	--
TNS Infratest Sozialforschung (126(e))	3030-77	287 000	--

Die Aufträge wurden gemäß Artikel 126.1(e) und Artikel 126.1(f) (wie oben angegeben) der Durchführungsbestimmungen der Finanzregelung vergeben, die vom Verwaltungsrat auf seiner Sitzung am 28. März 2003 angenommen wurden und am 29. März 2003 in Kraft traten.

- Aufträge (126.1(e)) – durch Verhandlungsverfahren für zusätzliche Dienstleistungen und Arbeiten, die nicht in dem ersten vereinbarten Auftrag enthalten waren
- Auftrag (126.1(f)) – durch Verhandlungsverfahren für einen weiteren Auftrag, der in der wiederholten Erbringung ähnlicher Dienstleistungen besteht, die an den Auftragnehmer im Rahmen eines früheren Auftrags vergeben wurden. Der Auftrag entspricht einem Grundprojekt, und der erste Auftrag wurde im Rahmen eines offenen Ausschreibungsverfahrens vergeben.

Europäische Stelle zur Beobachtung des Wandels (EMCC)

EMCC - Sector Futures: Projekt Nr. 0311 (zuvor 0273)

Institution	Auftrag Nr.	Kosten EUR	MwSt.
Victoria University of Manchester (PREST)	3030-41	44 860	--

Der Auftrag wurde gemäß Artikel 126.1(e) der Durchführungsbestimmungen der Finanzregelung vergeben, die vom Verwaltungsrat auf seiner Sitzung am 28. März 2003 angenommen wurden und am 29. März 2003 in Kraft traten – die Vergabe erfolgte für zusätzliche Dienstleistungen und Arbeiten, die nicht in dem ersten vereinbarten Auftrag enthalten waren.

EMCC-Workshop zum Thema Vorhersehen des Wandels: Automobilsektor: Projekt Nr. 0274

Institution	Auftrag Nr.	Kosten EUR	MwSt.
University of Birmingham	3030-55	7 500	--

Der Auftrag wurde gemäß Artikel 126.1(e) der Durchführungsbestimmungen der Finanzregelung vergeben, die vom Verwaltungsrat auf seiner Sitzung am 28. März 2003 angenommen wurden und am 29. März 2003 in Kraft traten – die Vergabe erfolgte für zusätzliche Dienstleistungen und Arbeiten, die nicht in dem ersten vereinbarten Auftrag enthalten waren.

5.2.3 Bericht über den Verzicht auf die Einziehung von Forderungen

2004 wurde in keinem Fall auf die Einziehung von Forderungen verzichtet.

5.2.4 Liste der Auftragnehmer, mit denen Bauverträge abgeschlossen wurden

2004 wurden keine Bauverträge abgeschlossen.

5.3 Kontrollstandards

- 1. Ethik und Integrität**
Umsetzung des erforderlichen Standards im Gange. Verhaltenskodex erstellt.
- 2. Mission, Rolle und Aufgaben**
Umsetzung des erforderlichen Standards im Gange und Fertigstellung in Sicht
- 3. Personalkompetenz (Einstellungen, Schulung und Mobilität)**
Erforderlicher Standard erreicht und kontinuierliche Verbesserung der Systeme
- 4. Personalleistung**
Umsetzung des erforderlichen Standards im Gange
- 5. Sensible Funktionen**
Umsetzung des erforderlichen Standards im Gange
- 6. Delegation**
Umsetzung des erforderlichen Standards im Gange
- 7. Festlegung der Zielsetzung**
Umsetzung des erforderlichen Standards im Gange
- 8. Programmplanung für mehrere Jahre**
Entfällt
- 9. Jährlicher Managementplan**
Erforderlicher Standard erreicht
- 10. Überwachungsleistung gemessen an Zielsetzungen und Indikatoren**
Umsetzung des erforderlichen Standards im Gange
- 11. Risikoanalyse und -management**
Umsetzung des erforderlichen Standards im Gange
- 12. Angemessene Managementinformationen**
Erforderlicher Standard erreicht
- 13. System für die Registrierung und Ablage von Post**
Erforderlicher Standard erreicht
- 14. Meldung von Ungehörigkeiten**
Erforderlicher Standard erreicht
- 15. Dokumentation von Verfahren**
Umsetzung des erforderlichen Standards im Gange
- 16. Aufgabentrennung**
Umsetzung des erforderlichen Standards im Gange
- 17. Aufsicht**
Umsetzung des erforderlichen Standards im Gange
- 18. Aufzeichnung von Ausnahmen**
Umsetzung des erforderlichen Standards im Gange

- 19. Kontinuität der Abläufe**
Umsetzung des erforderlichen Standards im Gange
- 20. Aufzeichnung und Behebung interner Kontrollschwächen**
Umsetzung des erforderlichen Standards im Gange
- 21. Auditberichte**
Umsetzung des erforderlichen Standards im Gange
- 22. Interne Auditfähigkeit**
Umsetzung des erforderlichen Standards im Gange
- 23. Evaluierung**
Umsetzung des erforderlichen Standards im Gange
- 24. Jährliche Prüfung der internen Kontrolle**
Umsetzung des erforderlichen Standards im Gange

Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Jahresbericht 2004

2005 – vii, 57s. – 21cm x 29.7cm